

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Ergänzung zur Tagesordnung Complément à l'ordre du jour Complemento all'ordine del giorno

Frühjahrssession 2025

Session de printemps 2025

Sessione primaverile 2025

Stand / état / stato: 07.03.2025

Fragestunde vom 10.03.2025 (Art. 31 des Geschäftsreglementes des Nationalrates)**Heure des questions du 10.03.2025** (Art. 31 du Règlement du Conseil national)**Ora delle domande 10.03.2025** (Art. 31 del Regolamento del Consiglio nazionale)

Nr. No. n.	Geschäftstitel Titre de l'objet Titolo dell'oggetto	Eingereichter Text Texte déposé Testo depositato
------------------	---	--

Justiz- und Polizeidepartement

25.7010	DE FR IT	Fra. Egger Mike. Sicherheitslage rund um das Bundesasylzentrum in Altstätten/SG	In Altstätten hat die Zahl der Straftaten deutlich zugenommen. Die Polizei identifiziert oft Asylbewerber als mutmassliche Täter und muss auch regelmässig wegen ungebührlichen Verhaltens einschreiten. Diese Situation belastet die Bevölkerung massiv. Welche Möglichkeiten gibt es, den privaten Sicherheitsdiensten im Bundesasylzentrum erweiterte Kompetenzen einzuräumen, um die Polizei zu entlasten?
25.7011	DE FR IT	Fra. Egger Mike. Rückkehr von Terroristen verhindern	Aktuell sind 120 Strafverfahren wegen Terrorverdachts hängig, eine Verdoppelung seit 2022. Laut einem Urteil des Bundesgerichts hat ein in Syrien inhaftierter gefährlicher IS-Dschihadist aus Genf Anrecht auf konsularischen Schutz und damit allenfalls auf eine Rückkehr in die Schweiz. Ist der Bundesrat bereit, seine Rückkehr zu verhindern, damit das wachsende terroristische Netzwerk in der Schweiz nicht noch weiter gestärkt wird?

25.7015	DE FR IT	Fra. Sormanni. Wenn Genf die Zulassung zum Anwaltsberuf überdenkt, ist dies eine Innovation oder eine Verletzung des Bundesrechts?	1. Wie äussert sich der Bundesrat angesichts der geforderten Gleichbehandlung zur Tatsache, dass ein einzelner Kanton eine zusätzliche Ausbildung für die Zulassung zum Anwaltsberuf vorschreibt? 2. Beschränkt sich der Handlungsspielraum, der den Kantonen nach Artikel 3 Absatz 1 des Anwaltsgesetzes gewährt wird, nicht auf die Zulassungsbestimmungen für Praktika und für den Anwaltsberuf, wie es die Rechtsprechung festgestellt hat? 3. Wenn diese zusätzliche Ausbildung nicht erfolgreich abgeschlossen wird, ist nur die Zulassung zum Anwaltsberuf in Genf verwehrt, nicht aber in anderen Orten in der Schweiz?
25.7029	DE FR IT	Fra. Sormanni. Genf überdenkt die Zulassung zum Anwaltsberuf, ist dies eine Innovation oder eine Verletzung des Bundesrechts?	Nach Artikel 7 Absatz 3 des Anwaltsgesetzes (BGFA) genügt der Abschluss eines juristischen Studiums mit dem Bachelor für die Zulassung zum Praktikum. Gemäss dem Bundesgericht (BGE 146 II 309) verstösst ein kantonales Gesetz, das zusätzliche Ausbildungsanforderungen für die Zulassung zum Praktikum vorschreibt, gegen Artikel 7 Absatz 3 BGFA und Artikel 49 Absatz 1 der Bundesverfassung. - Kann ein Kanton die Gleichwertigkeit der juristischen Ausbildungen zwischen den Kantonen in Frage stellen? - Ist der Bundesrat der Ansicht, dass dies dem Geist des Bundesrechts, insbesondere Artikel 95 der Bundesverfassung, entspricht?
25.7032	DE FR IT	Fra. Müller-Altermatt. Verbot von Auslandsadoptionen: Wird plötzlich Kollege Gugger stigmatisiert?	Der Bundesrat hat angekündigt, bis Herbst 2026 eine Vorlage zu präsentieren, welche die internationalen Adoptionen verbietet. Dies aufgrund der schrecklichen Missbräuche, welche in diesem Bereich stattgefunden haben. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass in der öffentlichen Diskussion nun nicht diejenigen Adoptierten stigmatisiert werden, welche legal adoptiert wurden, in der Schweiz geborgen aufwuchsen und erfolgreich und glücklich leben?
25.7033	DE FR IT	Fra. Müller-Altermatt. Verbot von Auslandsadoptionen: Wie wird die breite gesellschaftliche Diskussion gefördert?	Der Bundesrat hat angekündigt, bis Herbst 2026 eine Vorlage zu einem Verbot von Auslandsadoptionen vorzulegen. Bis dahin soll eine "breite, gesellschaftliche Diskussion" zum Thema stattfinden. Wie gedenkt der Bundesrat, diese Diskussion zu fördern und sicherzustellen, dass das vorhandene Fachwissen und die vorhandenen Erfahrungen dazu in die Diskussion einfließen und alle Betroffenen Kreise in die Diskussion involviert werden?

25.7091	DE FR IT	Fra. Gianini. Auftrag des Bundesrates an das EJPD, bis Ende 2026 eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten, die internationale Adoptionen künftig verbietet	Der Bundesrat hat kürzlich kommuniziert, dass er internationale Adoptionen in der Schweiz künftig verbieten will. Diesen Entscheid hat er als definitiv und ohne vorgängige öffentliche Debatte kommuniziert. Ist er sich im Klaren darüber, dass er dadurch, dass er de facto ein Moratorium eingeführt hat, alle Adoptivfamilien in Ungewissheit versetzt, die Adoptivkinder verwirrt und diejenigen verunsichert hat (es genügt zu erwähnen, dass einige kantonale Ämter in den darauffolgenden Tagen nicht wussten, was sie antworten sollten), die sich eine Adoption überlegen oder die das – heute – lange und anstrengende Adoptionsverfahren bereits durchlaufen?
25.7098	DE FR IT	Fra. Fonio. Auftrag des Bundesrates an das EJPD, bis Ende 2026 eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten, die internationale Adoptionen künftig verbietet	- Hat sich der Bundesrat vor seiner Aussage, dass Unregelmässigkeiten zur Natur der internationalen Adoptionen gehören, überlegt, welche negativen Folgen diese Aussage auf die Adoptivfamilien und die Adoptierten hat? - Ist er nicht auch der Ansicht, dass er sich insbesondere gegenüber den Adoptivfamilien falsch ausgedrückt hat, da diese dadurch stigmatisiert wurden?
25.7035	DE FR IT	Fra. Gobet Nadine. Datenaustausch zwischen Polizeibehörden und Kantonen	Der Datenaustausch zwischen den Polizeibehörden ist essenziell bei der Bekämpfung von Kriminalität, damit die innere Sicherheit gewährleistet werden kann. Der Datenaustausch auf nationaler Ebene ist daher unabdingbar und sollte so schnell wie möglich etabliert werden, damit der Austausch zwischen den Polizeibehörden des Bundes, der Kantone und der Gemeinden automatisiert erfolgen kann. - Wie ist der Stand des interkantonalen Projekts POLAP? - Wurde die Option einer Änderung der Bundesverfassung im Zusammenhang mit der Motion 23.4311 näher erwogen?
25.7037	DE FR IT	Fra. Steinemann. Wann kommt die Vorlage zur Umsetzung von 18.3408, der Ausschaffungsinitiative?	2010 wurde die Ausschaffungsinitiative angenommen, seit 2016 ist die Ausweisung in der Verfassung festgeschrieben. Da die Gerichtspraxis zu wünschen übriglässt, hat das Parlament diese Motion angenommen. Seither sind Jahre verstrichen, ohne dass sich die Verwaltung und der Bundesrat um eine Umsetzung bemühen würden. Mit der Motion 18.3408 haben beide Parlamentskammern einen klaren Auftrag überwiesen. Wo ist diese Vorlage?
25.7038	DE FR IT	Fra. Steinemann. Wie viele abgewiesene Asylbewerber kommen zurück?	Zwischen 2006 und 2011 mussten über 40'000 Asylbewerber aus der Schweiz in ihre Heimat oder in Drittstaaten ausreisen oder rückgeführt werden. Ende 2011 zeigten Zahlen, dass einer von vier wieder hierher zurückkehrt. Wie sind die Zahlen ab 2012 bis heute?

25.7041	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Aufklärungspflicht der Verwertungsgesellschaften gemäss URG, dass Persönlichkeitsrecht nicht abgedeckt ist	1. Deckt das Verwertungsrecht auch Eingriffe in das Persönlichkeitsrecht (z.B. auf Fotos) von Personen ab, die durch die Verbreitung des Werks in ihrer Persönlichkeit verletzt werden? 2. Falls nein: Gibt es eine Aufklärungspflicht der Verwertungsgesellschaften, dass die Nutzer auf diese Situation hinweist? 3. Falls nein: Wo könnte eine Aufklärungspflicht am einfachsten festgelegt werden? Bräuchte es eine Anpassung des URG oder könnte man dies direkt bei den Verwertungsgesellschaften einbringen?.
25.7048	DE FR IT	Fra. Hurter Thomas. Einbürgerungen nach dem 25. und nach dem 29. Lebensjahr	- Wie viele Männer lassen sich erst nach dem 25. (Ende Militärdienstpflicht) und nach dem 29. Lebensjahr (Ende Schutzdienstpflicht) einbürgern? - Wie verhalten sich diese Zahlen zu den Einbürgerungen von Männern unter 25 Jahren, welche nach Einbürgerung Militärdienstpflichtig werden?
25.7050	DE FR IT	Fra. Steinemann. Entwicklung der Zahlen von Erwachsenen- Adoptionen	Adoptionen von Erwachsenen seien stark im Steigen begriffen, stellen die Kesb fest und beklagen gleichzeitig eine arbeitsintensive Bearbeitung der Fälle, bei denen eine Person mit Schweizer Wohnsitz eine erwachsene Person aus dem Ausland adoptiert. - Wie haben sich die Zahlen zu den Adoptionen von Erwachsenen generell entwickelt? - Wie haben sich die Adoptionen von Erwachsenen, die im Ausland Wohnsitz haben, entwickelt? - Wie viele davon haben anschliessend eine Aufenthaltsbewilligung erhalten?
25.7076	DE FR IT	Fra. Arslan. Datenerhebung polizeilicher Einsatz- und Kontrollpraxis bzgl. Racial Profiling	Der UNO-Ausschuss gegen rassistische Diskriminierung hat in seinem Bericht über die Situation in der Schweiz im Jahr 2021 festgehalten, dass die Schweiz keine ausreichenden Statistiken über Racial Profiling erhebt. - Hat der Bundesrat seither Massnahmen ergriffen, um den internationalen Empfehlungen bezüglich der Datenerhebung der polizeilichen Einsatz- und Kontrollpraxis nachzukommen? - Hat der Bundesrat Anstrengungen unternommen, um dieses Manko in Zusammenarbeit mit den Kantonen anzugehen?
25.7080	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Dritter Versuch: Wann tritt das längst beschlossene Reiseverbot für Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Schutzbedürftige endlich in Kraft?	Mit 24.7879 und 24.8005 fragte ich, wieso das von der Bundesversammlung vor mehr als 3 Jahren beschlossene Reiseverbot für Personen im Asylverfahren, mit Status S und vorläufiger Aufnahme noch nicht in Kraft gesetzt wurde. Die seltsamen Antworten: «Die Vernehmlassung zu dieser Änderung soll im 1. Quartal 2025 eröffnet werden.» Nochmals: - Wieso wurde die längst beschlossene Gesetzesänderung noch nicht in Kraft gesetzt? - Wieso braucht es für eine beschlossene Gesetzesänderung eine Vernehmlassung?

25.7083	DE FR IT	Fra. Gugger. Internationale Adoptionen: Warum setzt der Bundesrat auf ein Verbot statt auf eine bessere Umsetzung der Haager Konvention?	Die internationale Gemeinschaft hat sich durch Abkommen wie die Haager Konvention zur Regulierung internationaler Adoptionen verpflichtet, die sicherstellt, dass Adoptionen auf ethische und transparente Weise durchgeführt werden. Diese Abkommen bieten Schutz für die Rechte der Kinder und der leiblichen Eltern und stellen sicher, dass keine Ausbeutung stattfindet. Warum fokussiert sich der Bundesrat nicht auf eine gute Umsetzung dieses Abkommen, sondern sieht die Lösung nur in einem Verbot?
25.7108	DE FR IT	Fra. Roduit. Wie kann eine kontrollierte internationale Adoption bewahrt werden?	Die Empfehlung, in der Schweiz die Adoption von Kindern aus dem Ausland zu verbieten, hat bei in der Schweiz tätigen Organisationen heftige Reaktionen hervorgerufen, und viele Eltern, die auf eine Adoption warten oder bereits adoptiert haben, sind schockiert. Ist der Bundesrat nicht der Ansicht, dass eine begleitete und kontrollierte internationale Adoption durchaus möglich sein sollte, zumal zahlreiche Länder, darunter die Schweiz und insbesondere Thailand, das Haager Übereinkommen in diesem Bereich unterzeichnet haben?
25.7137	DE FR IT	Fra. Nantermod. Verbot von internationalen Adoptionen: Gäbe es einen Nationalrat Gugger?	Der Bundesrat plant ein striktes Verbot von internationalen Adoptionen. Wäre ein solches Verbot bereits 1970 in Kraft gewesen, hätte Nationalrat Nik Gugger in der Schweiz weder ein besseres Leben noch liebevolle Eltern finden können. Will der Bundesrat mit einem neuen Adoptionsrecht wirklich unzähligen Kindern die Chance auf eine sichere Zukunft und eine liebevolle Familie in der Schweiz verwehren?
25.7117	DE FR IT	Fra. Tschopp. Dublin-Rückführungen nach Kroatien: Garantien für Minderjährige und gefährdete Personen	Mehrere Ärztinnen und Ärzte, die sich um die Gesundheit von Kindern bei Dublin-Abschiebungen, insbesondere nach Kroatien, sorgen, haben in der Schweizerischen Ärztezeitung einen Aufruf veröffentlicht (Rev Med Suisse 2025; 21: 243-7). Noch immer erkennt der Bund keine systemischen Mängel im kroatischen Asylwesen. Warum fordert er im Falle einer Rückführung nach Kroatien nicht zumindest individuelle und konkrete Garantien für besonders verletzte Personen, wie er dies im Falle Bulgariens getan hat?
25.7124	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Wann erstellt auch die Schweiz einen Syrien-Rückkehrplan?	Drei Monate nach dem Fall des Assad-Regimes stellen sich folgende Fragen, die der Bundesrat im Dezember noch nicht beantworten wollte (24.8047), in verstärktem Mass: 1. Ist der Bundesrat bereit, die weitere Aufnahme von Syrern zu stoppen? 2. Wie verhindert der Bundesrat ein zweites "Eritrea-Problem" mit Anhängern unterschiedlicher Regimes, die sich in der Schweiz bekämpfen? 3. Wann erarbeitet der Bundesrat einen Rückkehrplan für Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge aus Syrien?

25.7133	DE FR IT	Fra. Porchet. Welche Massnahmen gegen die Vielzahl der Formen sexistischer und sexualisierter Gewalt?	Mehrere Fälle von Belästigung im öffentlichen Raum in jüngster Zeit haben aufgezeigt, dass solche Handlungen integraler Bestandteil des Kontinuums von sexistischer und sexualisierter Gewalt sind – sowohl für sich allein als auch Hinweise auf andere Taten. Im Fall der Vergewaltigungen von Mazan konnte der Täter, Dominique Pélicot, dank den französischen Gesetzen zu dieser Art von sexistischer und sexualisierter Gewalt gefasst werden. Ist der Bundesrat in diesem Zusammenhang bereit, seine Antwort auf die Interpellation 17.3150 zu aktualisieren, insbesondere in Bezug auf die Monitoring-Instrumente und die Massnahmen gegen das Übel der Belästigung im öffentlichen Raum?
25.7142	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Österreich setzt Familiennachzug im Asylbereich aus: Wann handelt endlich auch die Schweiz?	Die neue Regierung in Wien setzt den Familiennachzug im Asylbereich per sofort aus. Die Systeme seien überlastet, grade im Bildungswesen, daher müsse man handeln: "Wenn Österreich überlastet ist, gibt es diese Möglichkeit", sagte Kanzler Stocker. Die Lage in der Schweiz ist dieselbe, der Asyl-Personenbestand war noch nie so hoch wie heute. Doch während andere Länder die Zeichen der Zeit erkennen, will der Bundesrat den Familiennachzug gar noch ausweiten. Wann handelt endlich auch die Schweiz?
25.7147	DE FR IT	Fra. Walder. Welche Massnahmen gedenkt der Bundesrat zu ergreifen, um die Schweizer Bevölkerung vor repressiven Handlungen der Volksrepublik China zu schützen?	In seinem Bericht in Beantwortung des Postulats 20.4333 stellt der Bundesrat fest, dass in der Schweiz auf Unterstützerinnen und Unterstützer der tibetischen und uigurischen Anliegen weitreichend und systematisch Druck ausgeübt und in ihre Grundrechte eingegriffen wird. - Welche Massnahmen wird der Bundesrat aufgrund dieses Berichts ergreifen, der aufzeigt, dass der bilaterale Menschenrechtsdialog keine grosse Wirkung zeigt? - Wird er beispielsweise die Empfehlungen umsetzen, mit denen die Integrität der Dolmetscherinnen und Dolmetscher des Staatssekretariats für Migration sichergestellt wird und die Investitionen der Volksrepublik China in Fernmeldeanlagen begrenzt werden?

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

25.7018	DE FR IT	Fra. Andrey. Länderprogramm Ukraine der Schweiz: Finanzierung ohne fossile Energiequellen?	- Kann der Bundesrat garantieren, dass von den 500 Millionen Franken, die für Schweizer Unternehmen im Rahmen des Länderprogramms Ukraine 2025–2028 vorgesehen sind, kein Geld in Projekte in Zusammenhang mit fossilen Brennstoffen (Kohle, Erdöl, Gas) fliesst? - Kann er auch bestätigen, dass bei diesen Projekten die Ziele des Übereinkommens von Paris eingehalten werden?
25.7043	DE FR IT	Fra. Weichelt. Nordstream2-Pipeline	Offenbar versucht US-Präsident Donald Trump die stillgelegte Nordstream2-Pipeline wieder zu aktivieren. Nordstream ist ein Machtmittel und eine Geldmaschine für Putins Kriegskasse. Welche Möglichkeiten sieht der Bundesrat, die Reaktivierung von Putins Macht- und Geldmaschine mit Schweizer Sitz zu verhindern?

25.7052	DE FR IT	Fra. Durrer. Sichtbarkeit der Höheren Berufsbildung auf der Homepage des SBFI verbessern	Auf der Homepage des SBFI ist die höhere Berufsbildung nur schwer zu finden. Zudem wird auf der Seite der Hochschulen nicht darauf hingewiesen, dass sie zusammen mit der HBB den Tertiärbereich bilden, und auf der Seite der HBB wird dies nur ganz am Schluss erwähnt. - Müsste das SBFI auf der Homepage die HBB nicht klarer als tertiäre Bildung ausweisen? - Sollte die HBB auf der Homepage des SBFI nicht sichtbarer sein, z.B. als eigenes Register?
25.7056	DE FR IT	Fra. Candinas Martin. Wie schützt sich die Schweiz vor aggressiver Industriepolitik?	Der US-Präsident möchte einen eigenen souveränen Staatsfonds aufsetzen, welcher namhafte Beteiligungen an strategisch zentralen Unternehmen halten soll. Dies ist ein weiteres eindeutiges Bekenntnis der USA für eine aggressive Industriepolitik. Dasselbe wird vor allem von China ebenfalls seit Jahren verfolgt. Wäre es unter diesen Umständen nicht notwendig, dass die Schweiz ebenfalls einen Staatsfonds schafft und industriepolitische Instrumente (wie Investitionskontrollen) beschliesst?
25.7062	DE FR IT	Fra. Candan Hasan. Wie viele Hektaren Schweizer Landwirtschaftsfläche wurden in den letzten Jahren enteignet?	In seiner Antwort auf meine Ip. 24.4117 schreibt der Bundesrat, dass «zwischen 2009 und 2018 so gut wie keine Landwirtschaftsflächen zu Wald geworden» sind. «Dagegen hat die Landwirtschaft (...) zwischen 2009 und 2018 pro Jahr durchschnittlich 1833 ha Land an die Siedlungsflächen verloren.» In diesem Kontext: - Was genau versteht der Bundesrat unter «die Landwirtschaft hat verloren»? - Wie viele Hektaren dieses Landes wurden enteignet? - Wie viele Hektaren wurden von der Landwirtschaft verkauft?
25.7082	DE FR IT	Fra. Widmer Céline. Eingefrorene russische Gelder für den Wiederaufbau der Ukraine	Wie beurteilt der Bundesrat den Vorschlag, dass die Zinserträge eingefrorener russischer Vermögenswerte direkt für den Wiederaufbau der Ukraine verwendet werden – wie es die EU bereits beschlossen hat? Wie rechtfertigt er, dass die Schweiz bisher anders als die EU vorgeht?
25.7092	DE FR IT	Fra. Molina. Verwendung russischer Zentralbankgelder für die Unterstützung der angegriffenen Ukraine?	- Wie bewertet der Bundesrat die geopolitischen Konsequenzen der Reduktion der US-Hilfe für die Ukraine und welche Verantwortung leitet er daraus für die Schweiz ab? - Ändert dies etwas an seiner Haltung zur vom Parlament mit den gleichlautenden Motionen 23.3264-68 beschlossenen Verwendung (der Zinserträge) von eingefrorenen staatlichen oder staatsnahmen russischen Geldern? - Bis wann legt er dem Parlament eine entsprechende Botschaft dazu vor?

25.7100	DE FR IT	Fra. Zryd. Umgang mit eingefroren russischen Geldern	Ist der Bundesrat bereit zu prüfen, welche eingefrorene staatlichen oder staatsnahen russischen Gelder aus unrechtmässigem Ursprung stammen und ob diese allenfalls zur Verwendung des Wiederaufbaus der Ukraine genutzt werden könnten?
25.7122	DE FR IT	Fra. Clivaz Christophe. Sicherheit beim Einsatz von Pestiziden – Zielerreichung anhand von Daten belegen	Der Bundesrat schreibt in seiner Antwort auf meine Interpellation 24.4503 zum Schutz der Anwenderinnen und Anwender von Pestiziden, dass die Erfahrungen eine klare Verbesserung der Umsetzung der Schutzmassnahmen im Verlauf der letzten zehn Jahre zeigen. - Basiert diese Aussage einzig darauf, wie oft Videos und Dokumente heruntergeladen wurden, oder gibt es dafür empirische Belege (zum Verhalten) ? - Ist geplant, künftig in den Berichten vermehrt anhand empirischer Methoden zu belegen, wie die Ziele erreicht wurden?
25.7136	DE FR IT	Fra. Prelicz-Huber. Missstände beim SRK	- Wie stellt der Bundesrat sicher, dass die Missstände beim SRK (vgl. Urteile BVGer vom 31.1.25 und 10.2.25) unverzüglich aufgearbeitet und pragmatische Lösungen gefunden werden? - Welche kurz- und langfristigen Massnahmen trifft der Bundesrat für die existentiell betroffenen Osteopath*innen?
25.7149	DE FR IT	Fra. Weichelt. Bundesverwaltungsgericht rügt das SRK	- Welche Konsequenzen zieht der Bundesrat aus den Urteilen des BVGer gegen das SRK (u.a. Urteile vom 31.1.25, 10.2.25)? - Was tut der Bundesrat als Aufsicht, um nach fünf Jahren Missstand eine rechtsstaatliche, effiziente und pragmatische Lösung zur Anerkennung der Osteopathiediplome sicherzustellen? - Welche Unterstützung leistet der Bundesrat den betroffenen OsteopathInnen, welche - trotz mehrfacher Urteile und Rügen an die Adresse des SRK - in eine existentielle Krise manövriert wurden?
25.7139	DE FR IT	Fra. Baumann. Importiertes Billigfleisch setzt Schweizer Bauern unter Druck	Um die Preise zu drücken, verkauft die Migros neu billiges Importfleisch. Damit macht sie Abstriche bei der Nachhaltigkeit und beim Tierwohl und garantiert bei Importfleisch nicht mehr die gleichen Mindeststandards wie bei Schweizer Fleisch. So steigt auch der Druck auf die Schweizer Landwirtschaft. - Wie schätzt der Bundesrat die Situation ein? - Kann er sich vorstellen, zur Entlastung der Schweizer Landwirtschaft die Detailhändler für Tierschutz- und Umweltziele stärker in die Pflicht zu nehmen?

25.7141	DE FR IT	Fra. Gugger. Mehr verkaufte Pyrethroide im Jahr 2023 trotz strengeren Anwendungsbedingungen?	Auf meine Frage 23.7944 antwortete der Bundesrat, dass ab 2023 zehn besonders risikoreiche Wirkstoffe von Pflanzenschutzmitteln, darunter mehrere Pyrethroide, nur noch in Ausnahmefällen verwendet werden dürfen. Laut den vom BLW berechneten Verkaufsmengen von Pestiziden wurden 2023 jedoch mehr Pyrethroid-haltige Insektizide verkauft als 2022. - Wie lässt sich dieser Anstieg erklären und was zeigen die Zahlen für 2024? - Wie viele Ausnahmegewilligungen wurden 2023 bzw. 2024 erteilt und warum?
25.7146	DE FR IT	Fra. Rügsegger. Agrarpolitik 2030+: Hilfsangebot für Bäuerinnen, Bauern und ihre Angehörigen in schwierigen Situationen	In den nächsten Monaten wird in der Bundesverwaltung intensiv an der AP 2030+ gearbeitet. Diverse Berichte stehen aus, dennoch sind die langfristigen Strategien und Stossrichtungen des zuständigen Bundesamtes skizziert. LwG Art. 2 Bst. c Er (der Bundesrat) sorgt für eine sozialverträgliche Entwicklung in der Landwirtschaft. Das Monitoring des BLW, LwG Art. 185, zielt auf die Arbeitsbedingungen und die Gesundheit der Bauernfamilien. Welche Hilfsangebote sind für schwierige Situationen vorgesehen?

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

25.7002	DE FR IT	Fra. Kolly. Entsendung von Schweizer Soldatinnen und Soldaten an die ukrainische Front?	Der Armeechef erklärte am 23. Februar 2025 in den Medien, dass er bereit sei, 200 Schweizer Soldatinnen und Soldaten für einen Friedenseinsatz an die ukrainische Front zu entsenden. 1. Teilt der Bundesrat diese Meinung? 2. Wenn nein, ist es nicht problematisch, dass der Armeechef solche Vorschläge in den Medien macht?
25.7017	DE FR IT	Fra. Andrey. Weshalb sind nur Dieseltraktoren in armasuisse-Beschaffung zugelassen?	In der SIMAP-Ausschreibung 5622-01 gibt armasuisse vor, dass der zu beschaffende Kompakttraktor mit Diesel betrieben sein muss, wodurch alternative Antriebe ausgeschlossen sind. Ist dies ein korrigierbarer Fehler, da solche technologiegebundenen Eignungskriterien der Strategie des Bundesrates widersprechen? Dieser betont in seiner Antwort auf die Interpellation „Energieautarke Armee“ (20.4723), dass die „Armee verstärkt auf erneuerbare Treibstoffe und nicht-fossile Antriebsformen setzen muss“.
25.7027	DE FR IT	Fra. Walder. Können wir uns bei unserer Verteidigung noch auf die USA verlassen?	Seit Donald Trump wieder an der Macht ist, rüttelt er an unseren demokratischen Grundwerten und der internationalen Ordnung. Nicht nur zieht er sich aus multilateralen Verträgen und Institutionen zurück, sondern verstösst auch gegen Abkommen, die er selbst unterzeichnet hat, wie z. B. das USA-Mexiko-Kanada-Abkommen (USMCA). - Wie können wir darauf vertrauen, dass Trump die amerikanischen Verpflichtungen – wie die Nachrüstung der künftigen F35-Kampffjets – einhält? - Kann der Bundesrat unser Vertrauen stärken? - Und ist es der Ansicht, dass wir weniger abhängig von US-Militärlieferungen machen sollten?

25.7095	DE FR IT	Fra. Molina. F-35: Wie wird eine sicherheitspolitische Abhängigkeit der Schweiz von den USA verhindert?	Welche Strategie verfolgt der Bundesrat angesichts zunehmender politischer und wirtschaftlicher Unsicherheiten (Präsidentschaft von Donald Trump, Einflussnahme von Elon Musk, der sich gegen den F-35 ausspricht), um eine übermässige Abhängigkeit der Schweiz von den politischen Entscheidungen der USA zu vermeiden?
25.7152	DE FR IT	Fra. Glättli. F-35 als Sicherheitsrisiko für eine souveräne Armee: Was, wenn Trump oder später Vance den Kampffjet nutzlos machen?	Unter Präsident Trump wurde die USA zu einem sehr unzuverlässigen internationalen Partner. In Ländern, die eine F-35 Beschaffung planen, werden Zweifel laut. In Deutschland warnte z.B. Moritz Schularick vor dem Kauf von US-Kampffjets. Für ihren Betrieb seien regelmässige Softwareupdates und Wartungen erforderlich, die US-seitig kontrolliert würden, »was zu einer fortdauernden Abhängigkeit führt«. Ist der Bundesrat bereit, die F-35 Beschaffung wegen der mangelnden Souveränität der CH zu stoppen?
25.7039	DE FR IT	Fra. de Quattro. Humane Papillomaviren: Prävention in der Armee	Das kantonale Durchimpfungsmonitoring zeigt, dass 49 Prozent der jungen Männer gegen humane Papillomaviren geimpft sind. Dies ist weit weg von den 90 Prozent, welche die Eidgenössische Kommission für Impffragen (EKIF) als Ziel festgelegt hat. Die EKIF empfiehlt seit 2015, im Rahmen der Rekrutierung und der Rekrutenschule mit der Armee zusammenzuarbeiten. Junge Männer sind nach der Schulzeit schwierig zu erreichen. Ist der Bundesrat dieser Empfehlung gefolgt und, wenn ja, welche Resultate wurden erzielt?
25.7045	DE FR IT	Fra. Addor. In die Transformation des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) sind externe Beraterinnen und Berater involviert: Besteht das Risiko, dass die Glaubwürdigkeit gegenüber den Partnerdiensten leidet?	Bei der Transformation des NDB wurden externe Beraterinnen und Berater beigezogen. Abgesehen von einer fraglichen Leistung, die mit hohen Kosten verbunden ist, besteht aufgrund dieser externen Eingriffe nicht das Risiko, dass die Glaubwürdigkeit des NDB gegenüber den ausländischen Partnerdiensten leidet, da nicht bekannt ist, ob die Beraterinnen und Berater Zugriff auf sensible Daten hatten?
25.7046	DE FR IT	Fra. Addor. Die Reform des Nachrichtendienstes des Bundes ist gescheitert. Sie muss sofort gestoppt werden!	- Wurde der Bundesrat nicht darüber informiert, dass die Reform des Nachrichtendienstes des Bundes gescheitert ist? Diese hat zum Verlust von qualifiziertem Personal, zur Demotivation vieler anderer Personen und zur Minderung der Effizienz des Dienstes geführt. - Wenn doch, meint er nicht, dass es dringend nötig ist, die Reform zu stoppen und unseren Nachrichtendienst wieder in eine Richtung zu lenken, die ihm ermöglicht, seine Aufgabe – vorausszuschauen und die Augen und Ohren des Landes zu sein – vor allem in diesen unruhigen Zeiten ganzheitlich zu erfüllen?
25.7070	DE FR IT	Fra. Götte. Beschaffungsprozess des Kampffjet F-35	Hat sich im Beschaffungsprozess des Kampffjet Lockheed Martin F-35 (zeitlich oder kostenmässig) seit der letzten Information in der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates von Mitte Februar etwas geändert?

25.7078	DE FR IT	Fra. Götte. Zukunft der Artillerie	Die Armeebotschaft 2025 beantragt die Beschaffung von 32 neuen Panzerhaubitzen. Wenn man aktuell im Ukraine-Krieg sieht, reicht diese Anzahl in einem modernen Konflikt bei weitem nicht aus und schmälert die bereits angeschlagene Verteidigungsfähigkeit der Armee. - Handelt es sich bei diesen 32 PzH um eine erste Tranche? - Wenn ja, wann sollen die restlichen beschafft werden? - Wenn nein, wie rechtfertigt der Bundesrat diesen enormen Kapazitätsabbau der Artilleriewaffe von 133 Geschützen auf 32?
25.7087	DE FR IT	Fra. Wyss. Risikofaktoren bei der Beschaffung F-35	Die derzeitigen Unsicherheiten in den USA, ist für die Schweiz im Besonderen in der Beschaffung des F-35 ein Risikofaktor. - Wäre es rechtlich möglich, dass die Schweiz aus dem Beschaffungsvertrag mit der F-35 aussteigt? - Wie hoch wäre die Konventionalstrafe? Welche weitere Kosten würden anfallen? - Welche insgesamt Kosten sind für die Beschaffung des F-35 bereits angefallen?
25.7088	DE FR IT	Fra. De Ventura. Vorgehen nach den Hinweisen des Whistleblowers im August 2019	Wie hat das VBS auf die Hinweise eines Whistleblowers vom August 2019 reagiert? Welche internen Prozesse wurden damals in die Wege geleitet?
25.7101	DE FR IT	Fra. Zryd. RUAG-Betrugsskandal	Welche Rolle spielte das Generalsekretariat des VBS bei der Bearbeitung und Weiterverfolgung der im Jahr 2019 eingegangenen Whistleblower-Meldung, und weshalb wurde damals auf eine unabhängige Untersuchung verzichtet?
25.7089	DE FR IT	Fra. De Ventura. Strukturelle Massnahmen bei der RUAG	Welche strukturellen Massnahmen und allfälligen zusätzlichen Regulierungen plant der Bundesrat in Zusammenarbeit mit der RUAG, um nachhaltig sicherzustellen, dass die Compliance-Vorgaben zukünftig effektiv durchgesetzt werden und eine Kultur der Integrität entsteht, die weitere Vorfälle dieser Art verhindert?
25.7090	DE FR IT	Fra. De Ventura. Nutzen des F-35 insbesondere in Bezug auf die Datenübermittlung	Wie beurteilt der Bundesrat den Nutzen des F-35, insbesondere in Bezug auf die Datenübermittlung durch die Nutzung von F-35 an die USA, angesichts der sich stark verschlechternden transatlantischen Beziehungen?
25.7093	DE FR IT	Fra. Molina. Kultur der Verantwortungslosigkeit bei der RUAG: Wie wahrt der Bundesrat die Eignerinteressen?	- Wird der Bundesrat seine Interessen wieder direkt im Verwaltungsrat der RUAG MRO vertreten, wie dies in Artikel 4 Absatz 1 des Bundesgesetzes über die Rüstungsunternehmen des Bundes (BGRB) (SR 934.21) vorgesehen ist? - Welche Rolle spielt das Finanzdepartement bei der Wahrung der Eignerinteressen?
25.7094	DE FR IT	Fra. Molina. Rückabwicklung der überdimensionierten, kostspieligsten (Fehl-)Beschaffung in der Geschichte der Schweizer Armee?	Kann sich der Bundesrat vorstellen, auf den Kauf der F-35 zu verzichten und stattdessen einem weiterhin an einem Kauf der F-35 interessierten Staat anzubieten, das Los der Schweiz zu übernehmen? Ist der Bundesrat bereit, wie Österreich, die Beschaffung eine Staffel leichter Kampffjets zu prüfen, die für Ausbildung und Luftpolizei in der normalen Lage eine kostengünstige Alternative zu High-End-Kampffjets bilden?

25.7112	DE FR IT	Fra. Romy. Beschaffungsprojekt F-35	Wenn Militärexperten und selbst Elon Musk den F-35 als übersteuert und im Zeitalter der Drohnen als ineffektiv bezeichnen – warum klammert sich der Bundesrat weiter an dieses Beschaffungsprojekt?
25.7102	DE FR IT	Fra. Zryd. RUAG-Betrugsskandal	Welche Verantwortung sieht der Bundesrat als Eigner von RUAG bezüglich der potenziell strafrechtlichen Aktivitäten und der entstandenen finanziellen Schäden in Höhe mehrerer Millionen Franken?
25.7103	DE FR IT	Fra. Zryd. F35	Angesichts der erheblichen Kostensteigerungen für die Infrastruktur bei anderen F-35-Betreibern, etwa in Deutschland: Welche tatsächlichen Mehrkosten erwartet der Bundesrat für die Schweizer Militärflugplätze?
25.7104	DE FR IT	Fra. Zryd. F35	Würde der Bundesrat sich angesichts der Tatsache, dass die Trump-Administration nicht mehr bereit ist, die Sicherheit Europas zu garantieren, auch im Jahr 2025 für einen US-Jet entscheiden?
25.7105	DE FR IT	Fra. Molina. Wird das eklatante Manager-Versagen bei der RUAG vom Bund noch belohnt?	Gemäss Medienberichten war Hannes Hauri Vorgesetzter des mutmasslich am Betrug beteiligten Managers bei der RUAG MRO. Heute ist Hauri CEO der Munitionsfabrik Swiss P. Diese fordert mehr Bundesaufträge und droht mit einem Wegzug aus Thun. - Wie bewertet der Bundesrat, dass Hauri nun als CEO von Swiss P tätig ist? - Was plant er, um sicherzustellen, dass Unternehmen mit Führungspersonen, welche möglicherweise eine Mitverantwortung für Betrugsfälle tragen, keine staatlichen Aufträge erhalten?
25.7113	DE FR IT	Fra. Romy. Verpflichtungskredit F-35	In der Antwort auf die Interpellation 24.7088 schreibt der Bundesrat: «Das Parlament bewilligte mit der Armeebotschaft 2022 Verpflichtungskredite im Umfang von 6.035 Mia. CHF für 36 F-35A (...). Beim F-35A wurden bisher 8% der vertraglich vereinbarten Zahlungen an die US-Regierung geleistet; zwischen 2025 und 2030 sind jährlich zwischen 12% und 18% fällig.» Bestätigt der Bundesrat, dass die Schweiz 2025 mind. 724 Mio. CHF (=12% von 6.035 Mia.) für den F-35 überweist ohne jegliche Gegenleistung?
25.7118	DE FR IT	Fra. Candan Hasan. Zivile Anlagen als militärische Schutzschilder - wie reagiert der Bundesrat	Der Bundesrat antwortet auf meine Ip. 24.4601 wie folgt: «Eine Verwendung militärischer Anlagen in der Nähe ziviler Objekte käme deshalb nur in Frage, wenn das entsprechende Objekt vorgängig evakuiert wird.» Somit anerkennt der Bundesrat das völkerrechtliche Verbot, im Kriegsfall eine militärische Anlage in der Nähe einer zivilen Anlage zu verwenden. - Wie würde der Bundesrat diesem Problem in der Praxis begegnen? - Welche Strategie verfolgt der Bundesrat zukünftig beim Bau militärischer Anlagen?

25.7121	DE FR IT	Fra. Fridez. Was ist mit der Zahlung der rund 530 Millionen für frühere Entwicklungen des F-35?	In seiner Antwort auf die Frage 22.7398 hat der Bundesrat bestätigt, 2021 oder 2022, neben etwas mehr als 100 Millionen an Steuern an die Vereinigten Staaten, eine Summe von mehr als 500 Millionen an Rückerstattungen für frühere Entwicklungen des F-35 an Partnerländer der USA bezahlt zu haben. Kann der Bundesrat uns mitteilen, mit welchen Mitteln letztere Summe bezahlt worden ist und ob diese 500 Millionen Teil des Gesamtbetrags für den Kauf des F-35 sind?
25.7125	DE FR IT	Fra. Fridez. Sind die Montage gewisser F-35A in der Schweiz und die Termine noch immer aktuell?	Es war stets davon die Rede, dass die Endmontage einiger F-35A in der Schweiz stattfinden wird. - Kann der Bundesrat bestätigen, dass diese Möglichkeit noch immer besteht? - Und kann der Bundesrat bestätigen, dass der Zeitplan für die Lieferung noch immer aktuell ist? Dies trotz der Fragen zum Austausch des Triebwerks und zur internationalen geostrategischen Lage, die zur Folge hat, dass gewisse Nato-Mitglieder in der Nähe von Russland sich so schnell wie möglich mit dem Kampfflugzeug ausrüsten wollen?
25.7129	DE FR IT	Fra. Feller. Ist der Kaufpreis für die F-35 fix?	Gemäss den Informationen, die regelmässig vom Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport mitgeteilt werden, haben sich die Vereinigten Staaten dazu verpflichtet, die 36 F-35, welche die Schweiz erwerben wird, zu einem fixen Preis zu liefern. Aber laut einer Stellungnahme der Eidgenössischen Finanzkontrolle vom 8. Juli 2022 existieren diesbezüglich keinerlei rechtliche Garantien. Soweit wir wissen, ist Letzteres vom Bundesrat nie dementiert worden. Kann der Bundesrat dies bestätigen?
25.7130	DE FR IT	Fra. Feller. Besteht das Risiko, dass die Kosten für den F-35 um 20 Prozent steigen?	Im Juni 2021 hat der Bundesrat angekündigt, dass sich die Kosten für den Erwerb der 36 F-35 durch die Schweiz auf 5,068 Milliarden Franken belaufen werden. Im November 2021 hat das Bundesamt für Rüstung mitgeteilt, dass diese Kosten 6,035 Milliarden Franken betragen werden. Laut der NZZ am Sonntag vom 23. Februar 2025 könnten die Kosten für die F-35 bis 2029, also bis alle Flugzeuge geliefert sein sollen, um 20 Prozent steigen. Kann der Bundesrat dem Parlament mitteilen, wie hoch der Preis für die 36 F-35 schliesslich genau sein wird?
25.7131	DE FR IT	Fra. Fridez. Wie steht es um die Beziehungen zwischen dem VBS und dem US-Verteidigungsministerium?	Vor dem Hintergrund der jüngsten Rücktritte der Hauptverantwortlichen des F-35A-Projekts bei armasuisse und der in der Presse verbreiteten Sorgen über Schwierigkeiten in diesem Dossier gibt es Gerüchte, wonach die Kontakte mit der neuen Regierung Trump komplizierter geworden seien. Kann der Bundesrat darüber Auskunft geben?
25.7138	DE FR IT	Fra. Fridez. Veruntreuung bei Ruag und Information des Bundesrates	Inwieweit wurde der Bundesrat vom VBS über verdächtige Machenschaften im Zusammenhang mit dem Geschäft mit Leopard-Panzern informiert? Wenn er informiert wurde, kann er Auskunft darüber geben, welche Massnahmen damals ergriffen wurden, um die Folgen und finanziellen Verluste im Zusammenhang mit der Veruntreuung so gering wie möglich zu halten?

25.7140	DE FR IT	Fra. Fridez. Fixer Preis für den F-35A? Wirklich?	Obwohl dies nicht den üblichen Vertragspraktiken der Vereinigten Staaten entspricht, hat der Bundesrat in der Armeebotschaft 2022 mitgeteilt, dass ihm ein fixer Preis für die 36 bestellten F-35 zugesichert worden ist. Von der amerikanischen Presse hören wir jedoch, dass nun das amerikanische Verteidigungsministerium und Lockheed Martin über den Preis des Lot 19 verhandeln – das erste Lot, das die Schweiz betrifft. Kann der Bundesrat diese Information bestätigen?
---------	--	---	--

Departement für auswärtige Angelegenheiten

25.7000	DE FR IT	Fra. Kolly. Europäischer Gerichtshof und die Schweiz: Urteile des Schiedsgerichts	Die Europäische Kommission schrieb nach dem Abschluss der Verhandlungen zwischen der EU und der Schweiz auf ihrer Website: Wenn eine Frage des Unionsrechts geklärt werden müsse, müsse das Schiedsgericht die betreffende Frage dem Europäischen Gerichtshof vorlegen, dessen Entscheidung für das Schiedsgericht bindend sein werde. Im Faktenblatt des Bundesrats steht das Gegenteil: Das Schiedsgericht habe das letzte Wort und nicht der Europäische Gerichtshof. 1. Welche Information stimmt? 2. Wurden die Verhandlungen wirklich abgeschlossen? Wenn ja, weshalb besteht dieser Unterschied?
25.7001	DE FR IT	Fra. Kolly. Abkommen zwischen der Schweiz und der EU: Welches Recht ist nach dem Abschluss der Verhandlungen anwendbar?	Wenn es im Zusammenhang mit dem neuen Rahmenabkommen mit der EU zu Streitigkeiten zwischen den Parteien kommt: 1. Muss sich die Schweiz Urteilen des Europäischen Gerichtshofs unterwerfen und wenn ja, in welchen Fällen? 2. Wenn die Frage das Schweizer Recht betrifft, muss das Schiedsgericht diese Frage dem Schweizerischen Bundesgericht vorlegen? 3. Wenn ja, ist das Urteil des Schweizerischen Bundesgerichts bindend für das Schiedsgericht und damit für die EU? 4. Wenn nein, muss der Bundesrat nicht zugeben, dass das Abkommen asymmetrisch ist?
25.7024	DE FR IT	Fra. Walder. Nein, Frau Bundespräsidentin, die Rede von J. D. Vance in München ist nicht schweizerisch!	- Spiegelt die Stellungnahme der Bundespräsidentin vom 15. Februar in der Zeitung «Le Temps», in der sie die Rede von J. D. Vance in München als sehr schweizerisch einordnete, die Meinung des Bundesrats wider? - Wie wurde diese Position von unseren europäischen Partnern beurteilt? - Wie erklärt der Bundesrat, dass die Staats- und Regierungschefs und die Medien in Europa die Rede grundlegend anders interpretierten und darin alle eine Einmischung und ein Plädoyer für die extreme Rechte in Europa und für die Deregulierung des digitalen Sektors sahen?

25.7026	DE FR IT	Fra. Walder. Schutz der Schweizer Demokratie vor faschistoider und rechtsextremer Ideologie aus Washington	- Teilt der Bundesrat die Ansicht, dass die faschistoide und rechtsextreme Ideologie der Trump-Verwaltung eine grosse Gefahr für unsere Demokratie und unsere Freiheit darstellt? - Wenn ja, welche Massnahmen gedenkt er zum bestmöglichen Schutz unserer Werte und Lebensweise vorzuschlagen? - Steht er in Kontakt mit europäischen Staaten für die Evaluierung einer koordinierten Reaktion und die gemeinsame Erarbeitung wirksamer Schutzmassnahmen?
25.7025	DE FR IT	Fra. Walder. Bedrohung des Multilateralismus und des internationalen Genfs	Wie beurteilt der Bundesrat die Bedrohung, die die Präsidentschaft von Donald Trump für den Multilateralismus und das internationale Genf darstellt? Wann wird der Bundesrat dem Parlament die nächste Strategie zum Multilateralismus und zur Gaststaatspolitik vorlegen?
25.7135	DE FR IT	Fra. Arslan. Dringende Unterstützung für das Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen im internationalen Genf	Welche Unterstützung gedenkt der Bundesrat kurzfristig zu leisten, um das internationale Genf zu erhalten und radikale Entscheide von NGOs und internationalen Organisationen, die versucht sein könnten, ihren Standort zu verlagern, zu vermeiden, bis Klarheit über die tatsächlichen Absichten der Regierung Trump herrscht? Steht der Bundesrat mit den Behörden des Kantons Genf in Kontakt, um koordiniert zu reagieren?
25.7028	DE FR IT	Fra. Walder. Treffen in Paris und London zur Sicherheit in Europa und in der Ukraine: Warum hat die Schweiz nicht teilgenommen?	- Wurde die Schweiz zu den jüngsten Gipfeltreffen in Paris und London zur Sicherheit in Europa und in der Ukraine eingeladen, an denen unter anderem Kanada, Grossbritannien, Griechenland, Island und Norwegen teilgenommen haben? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, warum hat der Bundesrat die Einladung abgelehnt? - Ist er der Ansicht, der Ausgang des russischen Angriffskriegs in der Ukraine betreffe unsere Sicherheit nicht – obwohl Russland in den meisten militärischen Szenarien für eine Invasion der Schweiz vorkommt?
25.7030	DE FR IT	Fra. Walder. Was tut die Schweiz, um internationale Übereinkommen über verbotene Waffen zu stärken?	Litauens Austritt aus der Oslo-Konvention (Streumunition) wird am 6. März 2025 wirksam, und Finnland erwägt, aus der Ottawa-Konvention (Antipersonenminen) auszutreten. Diese Entscheidungen schwächen das humanitäre Völkerrecht. - Wie steht die Schweiz zu den erwähnten Austritten? - Welche Schritte gedenkt die Schweiz bei ihren europäischen Partnern und anderswo zu unternehmen, um weitere Austritte zu verhindern und internationale Übereinkommen über verbotene Waffen zu stärken?

25.7053	DE FR IT	Fra. Bürgi Roman. Finanzielle Unterstützung von politisch motivierten NGOs	Bei den vergangenen Bundestagswahlen in Deutschland wurde bekannt, dass die Regierung in der Vergangenheit politisch motivierte NGOs-Organisationen finanzierte. - Ist dem Bundesrat bekannt, ob in der Schweiz in den letzten 10 Jahren ähnliche NGOs direkt unterstützt wurden? - Dabei soll zwischen Institutionen, "die politische Ziele verfolgen", und solchen unterschieden werden, "die politische Mittel zur Erreichung gemeinnütziger Zwecke einsetzen".
25.7057	DE FR IT	Fra. Porchet. Ist die Schweiz bereit, ihre Präsenz bei der UN-Kommission für die Rechtsstellung der Frau und der UN-Kommission für Bevölkerung und Entwicklung mit einer starken und fachkundigen Delegation zu markieren?	Im März und April sind Verhandlungen im Rahmen der UN-Kommission für die Rechtsstellung der Frau (CSW) und der UN-Kommission für Bevölkerung und Entwicklung (CPD) geplant. In einem Umfeld, in dem der Widerstand gegen die Menschenrechte, gegen den Zugang zu Gesundheit und gegen die Frauenrechte wächst: - Wie setzen sich die Schweizer Delegationen für die CSW und die CPD zusammen? - Welche Personen werden die Schweiz bei der CSW und der CPD vertreten und welche Funktionen/Kompetenzen haben sie?
25.7067	DE FR IT	Fra. Molina. Massnahmen der Schweiz gegen die illegalen Angriffe der von Ruanda unterstützten M23-Rebellen auf die Demokratische Republik Kongo	Der kongolesisch-ruandischen Konflikt im Ostkongo verschärft sich weiter und hat eine humanitäre Krise ausgelöst. - Welche Massnahmen ergreift die Schweiz zum Schutz der Zivilbevölkerung? - Mit welchen Mitteln versucht sie Ruanda zur Einhaltung des internationalen Rechts zu bewegen? - Wird sie sich allfälligen Massnahmen der EU anschliessen? - Welche Rohstoffe aus Ruanda werden über den Handelsplatz Schweiz gehandelt und wie wird verhindert, dass diese (insb. Cobalt) aus der Konflikt-Region stammen?
25.7086	DE FR IT	Fra. Walder. Wie reagiert die Schweiz auf die Verstösse gegen das Völkerrecht, die Ruanda in der Demokratischen Republik Kongo begangen hat?	Hat der Bundesrat die Taten verurteilt, die die M23-Rebellen mit nachweislicher Unterstützung seitens des ruandischen Präsidenten Kagame in Ostkongo begangen haben? Hat er den ruandischen Behörden seine Missbilligung mitgeteilt? Kann dies dazu führen, dass die Eröffnung einer Schweizer Botschaft in Kigali vertagt oder sistiert wird? Und plant die Schweiz Massnahmen oder Sanktionen gegenüber Ruanda zu ergreifen, wie dies die EU, die USA und Grossbritannien bereits getan haben, beispielsweise zur Unterbindung der Einfuhr von Rohstoffen in die Schweiz, die von der M23 geplündert und auf betrügerische Weise exportiert wurden?
25.7069	DE FR IT	Fra. Steinemann. Übersicht über die Zahlungen an den Wiederaufbau der Ukraine	Seit drei Jahren tobt auf ukrainischem Territorium ein Krieg und ein Ende ist nicht abzusehen. Die Schweiz hat seit Kriegsbeginn Finanzierungshilfen an den Wiederaufbau des Landes geleistet. Wie viele sind es seit dem Angriff vom 24. Februar 2022?

25.7071	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Kongo - arm und korrupt - wohin gehen die Gelder der Entwicklungshilfe?	Die Demokratische Republik Kongo ist eines der ärmsten und korruptesten Länder der Welt. Gleichzeitig verprasste eine sechsköpfige kongolesische Regierungsdelegation 440'000 CHF am diesjährigen WEF in Davos u.a. im Luxushotel. 1. Wie passt dies mit den drei Millionen Franken humanitärer Hilfe zusammen, welche die Schweiz kürzlich dem Kongo gewährt hat? 2. Wäre es nicht angebracht, die Zusage von finanzieller Unterstützung an Entwicklungsländer wie Kongo an strenge Auflagen zu prüfen?
25.7081	DE FR IT	Fra. Addor. Welche Politik verfolgt die Schweiz hinsichtlich Algerien?	Algerien verletzt seine internationalen Verpflichtungen, indem es die Rückübernahme seiner Staatsangehörigen verweigert, und verschärft die Verfolgung von Christen, deren Gotteshäuser gerade geschlossen wurden. Das Regime wird immer autokratischer. - Wie beurteilt der Bundesrat die Entwicklung der Lage in diesem Land? - Gedenkt er, die Entwicklungshilfe zu kürzen, um nicht länger ein Regime zu unterstützen, dessen Markenzeichen zunehmend der Verstoß gegen die Menschenrechte ist?
25.7084	DE FR IT	Fra. Walder. Die bilateralen Abkommen III mit der EU sind für die ganze Schweiz von entscheidender Bedeutung, nicht nur für die Unternehmen unseres Landes!	Die Bundespräsidentin sagte unlängst in einem Interview mit der Zeitung Le Temps, bei den Bilateralen III handle es sich um Abkommen für die Wirtschaft. Folglich sei es in erster Linie Aufgabe der Unternehmen und nicht des Bundesrates, für diese Abkommen einzustehen. Teilt der Bundesrat diese Einschätzung? Hält er es nicht vielmehr für sinnvoll, darauf hinzuweisen, dass er seit bald 15 Jahren mit der EU verhandelt, weil diese Abkommen im Interesse der gesamten Bevölkerung unseres Landes liegen (Arbeitsmarkt, Forschung, Bildung, Gesundheit usw.)?
25.7085	DE FR IT	Fra. Walder. Warum vertritt der Bundesrat die Ergebnisse der Verhandlungen zu den Bilateralen III nicht offener?	Welche Folgen hätte eine Ablehnung der bilateralen Abkommen III durch das Parlament oder die Stimmbevölkerung für die Forschung, den Arbeitsmarkt, die Bildung und die Freizügigkeitsrechte der Schweizerinnen und Schweizer im europäischen Ausland, aber auch für die strategische Versorgung der Schweiz, die Sicherheit unseres Landes sowie für Schweizer KMUs? Hat der Bundesrat einen Plan B für den Fall, dass das Stimmvolk diese Abkommen ablehnt? Wenn ja, wie sieht dieser aus? Wenn nein, sollte er dann nicht seine Bemühungen verstärken, um zu verhindern, dass dieser Fall eintritt?
25.7096	DE FR IT	Fra. Molina. Wie unterstützt die Schweiz den Friedensprozess zwischen der Türkei und der PKK?	Mit seiner Erklärung vom 27.02.25 ebnete PKK-Präsident Öcalan den Weg für einen Friedensprozess mit der Türkei. Der türkische Präsident Erdogan hat dies positiv gewürdigt. - Unterstützt der Bundesrat einen Friedensprozess in der Türkei? Wenn ja, mit welchen Mitteln? Welche Prinzipien leiten ihn dabei? - Hat er die guten Dienste der Schweiz angeboten? - Wie setzt sich die Schweiz für menschenwürdige Haftbedingungen von Abdullah Öcalan während des Friedensprozesses ein?

25.7153	DE FR IT	Fra. Arslan. Hoffnung auf Frieden in der Türkei und die Rolle der Schweiz	Der Konflikt zwischen der Türkei und der PKK forderte zehntausende Opfer und bremste die Demokratisierung. Neue Appelle und Öcalans jüngster Aufruf zum Waffenstillstand sowie zu einem «demokratischen politischen Rahmen» lassen Hoffnung auf einen Friedensprozess aufkeimen. Ein Frieden könnte der Türkei mehr Stabilität und Einfluss bringen. - Wie kann die Schweiz den Friedensprozess unterstützen? - Welche diplomatischen Mittel hat sie, um Minderheitenrechte, insbesondere den Schutz der Kurden, zu stärken?
25.7143	DE FR IT	Fra. Walder. Die Schweiz soll den von den arabischen Ländern vorgeschlagenen Plan zum Wiederaufbau und zur Entwicklung von Gaza unterstützen	Die israelische Armee hat den Gazastreifen grösstenteils zerstört. Die Situation erfordert daher massive Nothilfe und einen Plan für die Zukunft, der die Menschen in Gaza wieder Hoffnung schöpfen lässt. Der amerikanische Vorschlag, der die Vertreibung von über zwei Millionen Palästinenserinnen und Palästinensern vorsieht, wäre klar ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Unterstützt der Bundesrat daher den jüngsten, von den arabischen Ländern vorgeschlagenen Plan über 53 Milliarden Dollar, der mit den Hauptbetroffenen, sprich den Palästinenserinnen und Palästinensern, abgestimmt ist?
25.7144	DE FR IT	Fra. Jost. Humanitäre Werte in Gefahr - was tut der Bundesrat?	- Welche konkreten Massnahmen ergreift die für ihre humanitäre Tradition bekannte Schweiz aktuell, um die Einhaltung der Verpflichtungen aus der Genfer Konvention zu fördern in einer Zeit, in der sich geopolitische Gräben vertiefen und humanitäre Werte offensichtlich missachtet werden? - Die abrupte Schliessung von US AID führt u.a. zu einem Vakuum in der humanitären Hilfe. Dies gefährdet hunderttausende Menschenleben und birgt sicherheitspolitische Risiken. - Was gedenkt der Bundesrat dagegen zu tun?

Bundeskanzlei

25.7055	DE FR IT	Fra. Candinas Martin. Wer hat Einsicht in vertrauliche Informationen für die Bundesratssitzungen?	Letzte Woche gab es gravierende Indiskretionen betreffend Rücktritt des Armeechefs und des NDB-Chefs. Solche Aktionen fügen unseren Institutionen grossen Schaden zu und verunmöglichen eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Regierung. - Wie gross ist der Kreis der Personen (pro Departement), die vor den Bundesratssitzungen Zugang zu den vertraulichen Informationen erhalten? - Teilt der Bundesrat die Meinung, dass dieser Kreis dringend (insbesondere bei Personalgeschäften) verkleinert werden muss?
---------	--	---	---

25.7066	DE FR IT	Fra. Andrey. Besteht für die Verwaltung eine erhöhte Gefahr durch eine grosszügige Auslegung des US Cloud Act?	Die US-Administration nutzt vehement die Macht der grössten Volkswirtschaft zur Durchsetzung ihrer Interessen. Der CLOUD Act und weitere Erlasse erlauben US-Behörden den geheimen Zugriff auf Daten auf Servern amerikanischer Firmen – auch im Ausland. Es droht deshalb eine Instrumentalisierung der US-Digitalwirtschaft. Selbst Treuhand-Modelle bieten keinen garantierten Schutz. Wie will der Bundesrat das Risiko für den Zugriff, insbesondere bei amerikanischen Clouddiensten, minimieren?
---------	--	--	--

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

25.7003	DE FR IT	Fra. Page. Ab dem 1. Juli 2025 muss der Experte oder die Expertin bei der Führerprüfung die korrekte Anwendung von Fahrerassistenzsystemen prüfen.	In der Ausbildung werden diese Systeme nicht in den Fragebögen abgefragt und sind auch nicht Teil des Verkehrskundekurses. Ausserdem sind die Fahrzeuge der Fahrlehrer und Fahrlehrerinnen nicht immer mit diesen Systemen ausgestattet. - Wurde diese Massnahme für die Führerprüfung nicht zu voreilig getroffen? - Müssten diese Vorrichtungen nicht zuerst Inhalte in der Ausbildung sein, bevor sie geprüft werden?
25.7005	DE FR IT	Fra. Golay Roger. Welche technischen Daten fehlen dem Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation, um in der Schweiz Lärmblytzer rasch einzuführen?	Infolge der Motion 20.4339 wurden in den Kantonen Genf und Basel-Landschaft durchgeführt zwischen 2023 und 2024 Pilotprojekte durchgeführt. Diese waren erfolgreich und zeigten, dass laute Fahrzeuge identifiziert werden können und dass es möglich ist, die Bevölkerung von störendem Strassenverkehrslärm zu entlasten. - Wie sieht der genaue Zeitplan des Bundesrats für die Schaffung der notwendigen Rechtsgrundlage für den Einsatz von Lärmblytzer aus? - Was hemmt das Vorwärtsskommen?
25.7007	DE FR IT	Fra. Meier Andreas. Nachfrage betreffend die Kosten von ETCS	In den Kosten für den Bahnverkehr werden die Kosten für das ETCS nicht mehr ausgewiesen. Möglicherweise belasten diese die Bahnen finanziell schwer. Fragen: • Wie hoch sind die zusätzlichen Kosten für die ETCS-Ausrüstung (ohne Stellwerke) gegenüber Balisen und Aussensignalen? • Wie hoch sind die Kosten pro Fahrzeug von Kleinserien und Grossserien von ETCS gegenüber ZUB-Ausrüstung? • Wie hoch sind die Kapazitätsverluste? • Mit welchen jährlich wiederkehrenden Betriebskosten muss gerechnet werden?

25.7008	DE FR IT	Fra. Bläsi. RTS: Arbeitsbedingungen und Auswirkung auf die Gesundheit der Mitarbeitenden	2020 befand sich die RTS in einer Krise: Es gab Fälle von sexueller Belästigung, und die Unternehmensführung und der Umgang mit diesem inakzeptablen Verhalten wurden hinterfragt. Es besteht erneut Anlass zur Sorge, nachdem sich zwei Mitarbeitende im Abstand von sechs Monaten das Leben genommen haben und die Geschäftsleitung eine besorgniserregende interne Umfrage zu den Arbeitsbedingungen, die sich auf die Gesundheit der Mitarbeitenden auswirken, beanstandet hat. Was gedenkt der Bundesrat zu unternehmen, damit sichergestellt werden kann, dass die Bedingungen für die Mitarbeitenden nicht wieder toxisch geworden sind?
25.7014	DE FR IT	Fra. Schaffner. Wie sieht das Investitionsportefeuille des STENFOs aus?	Der STENFO verwaltet und investiert Gelder für die Stilllegung von KKW. Die Informationen über die Finanzergebnisse des dritten Quartals 2024 weisen einen hohen Anteil von Aktien und Anleihen aus. Die Verteilung nach Art der Tätigkeit lässt sich daraus jedoch nicht ablesen. Wie hoch ist der Anteil der direkten oder indirekten Investitionen in Unternehmen, die im Energiesektor tätig sind, und welcher Anteil dieser Unternehmen ist im Nuklearsektor tätig?
25.7019	DE FR IT	Fra. Töngi. Auftrag an Ulrich Weidmann	- Ist der Auftrag an Ulrich Weidmann zur Analyse der Verkehrsprojekte bereits definitiv beschlossen? - Ist oder wird der Auftrag öffentlich zugänglich?
25.7023	DE FR IT	Fra. Fivaz Fabien. Weshalb gibt Foramsulfuron Anspruch auf Beiträge für den Verzicht auf Herbizide (Direktzahlungen)?	Foramsulfuron wird beim Anbau der Zuckerrübe verwendet, die gegenüber Conviso One tolerant ist (vgl. 24.4583). Es handelt sich dabei um ein altes Herbizid, das bekanntlich unwirksam ist (mehr als 140 Resistenzen), aber sehr beständig und sehr giftig für Wasserorganismen (EAWAG). 1. Wie wird begründet, dass Foramsulfuron für Beiträge für den Verzicht auf Herbizide berechtigt (Direktzahlungen von Fr. 250/ha)? 2. Für dieses Produkt schlägt der Bundesrat vor, keine Grenzwerte für den Gewässerschutz festzulegen. Warum?
25.7036	DE FR IT	Fra. Tuosto. Wie fällt eine erste Bilanz zur neuen «Spartageskarte Gemeinde» aus?	Am 1. Januar 2024 hat die Alliance SwissPass die neue «Spartageskarte Gemeinde» in ihr Angebot aufgenommen. Ziel dieser neuen Leistung war es, die «Tageskarte Gemeinde» zu ersetzen. Ein Jahr nach dieser Änderung ist von Interesse, welche Bilanz zu diesem Angebot gezogen werden kann. – Wie viele «Spartageskarten Gemeinde» wurden im Jahr 2024 verkauft? – Wie gross ist der Unterschied zur Anzahl der in den Vorjahren verkauften Tageskarten Gemeinde?
25.7040	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Branchenprogramm Ladeinfrastruktur E-LKW - wie kann eine bürokratische Umsetzung verhindert werden?	- Wie rechtfertigt sich die Delegation einer hoheitlichen Aufgabe an Verbände? - Wie beurteilt der Bundesrat das sehr hohe bürokratische Vorgehen? - Wie können Kleinstbetriebe ohne Branchenprogramm profitieren?

25.7044	DE FR IT	Fra. Wettstein. Unfallserie beim Flugplatz Grenchen	Der Absturz eines Privatflugzeugs am 6.2.2025 bei Leuzigen reiht sich ein in eine Serie von sieben schweren Unfällen innert fünf Jahren nahe des Flugplatzes Grenchen. Regemässig werden Gebiete neben den publizierten An- und Abflugrouten in niedriger Höhe überflogen. - Welche Massnahmen ergreift das BAZL, um die Sicherheit der Solothurner und Berner Gemeinden im An- und Abflugbereich des Flugplatzes Grenchen zu verbessern? - Werden Abweichungen von den publizierten An- und Abflugrouten dokumentiert?
25.7049	DE FR IT	Fra. Brenzikofer. Radscheibenbrüche verhindern - Sofortmassnahmen ergreifen	Wie Recherchen des SRF zeigen, besteht ein systematisches Problem mit Radscheibenrissen bei Güterwagen, dies im Zusammenhang mit thermischer Überlast infolge Bremsungen. Dass ein Güterzug wie im Gotthardtunnel wegen eines Radscheibenbruchs entgleist, kann sich jederzeit und an jedem beliebigen Ort wiederholen. - Ist der Bundesrat bereit, schweizerische Massnahmen zu unterstützen, wenn diese eine höhere Sicherheit gewährleisten? - Wie sähen solche Sofortmassnahmen aus?
25.7051	DE FR IT	Fra. Brenzikofer. Radscheibenbrüche verhindern - Massnahmen auf europäischer Ebene	Wie Recherchen des SRF zeigen, besteht ein systematisches Problem mit Radscheibenrissen bei Güterwagen, dies im Zusammenhang mit thermischer Überlast infolge Bremsungen. Dass ein Güterzug wie im Gotthardtunnel wegen eines Radscheibenbruchs entgleist, kann sich jederzeit und an jedem beliebigen Ort wiederholen. - Ist der Bundesrat bereit, sich auf europäischer Ebene für verbindlichere und weitergehende Vorgaben für die Instandhaltung einzusetzen? Dies im Sinne der europäischen Lösung.
25.7061	DE FR IT	Fra. Storni. Sofortmassnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Güterwagen (kritischer Punkt: überhitzte Räder)	Gemäss einer Sendung von SRF hat eine europäische Taskforce nach dem Unfall im Gotthard-Basistunnel 77 Fälle von Rissen in Rädern entdeckt, bei zehn war das Rad gar gebrochen. Früher wurde in der Schweiz fast jeder Wagen einzeln kontrolliert, heute werden nur noch Stichproben vorgenommen. Hält es der Bundesrat nicht für notwendig, bis der Bericht der Schweizerischen Sicherheitsuntersuchungsstelle vorliegt: 1. die erwähnten Kontrollen wiedereinzuführen, 2. Güterwagen mit Rädern des risikobehafteten Radtyps aus dem Umlauf zu nehmen? Welche Massnahmen sind bisher ergriffen worden?

25.7073	DE FR IT	Fra. Pult. Plattformregulierung: Vorauseilender Gehorsam gegenüber der Trump-Musk-Administration?	Am 5. April 2023 beauftragte der Bundesrat das UVEK, eine Vernehmlassungsvorlage zur Plattformregulierung bis März 2024 zu erarbeiten. Die Bevölkerung solle künftig mehr Rechte gegenüber den Plattformen erhalten und die Möglichkeit haben, von diesen mehr Transparenz einzufordern. Bis heute verzögert sich die Veröffentlichung dieser Vernehmlassungsvorlage. Lässt sich diese Verzögerung als eine Form des vorauseilenden Gehorsams gegenüber der neuen US-Administration deuten?
25.7075	DE FR IT	Fra. Hurter Thomas. Europäische Kommission möchte neu eine dreijährige Frist bei der Einhaltung der CO ₂ -Emissionsziele	Die Europäische Kommission möchte den Automobilherstellern anstatt der jährlichen Einhaltung der CO ₂ -Emissionsziele eine dreijährige Frist (2025-2027) zur Einhaltung der Ziele gewähren, um den Übergang zu einer nachhaltigen Mobilität zu unterstützen. Plant der Bundesrat in Anbetracht dieser Entwicklung die schweizerischen CO ₂ -Emissionsvorschriften für Fahrzeuge analog zur EU anzupassen und ebenfalls eine entsprechende Dreijahresfrist zur Einhaltung der neuen Zielwerte einzuführen?
25.7079	DE FR IT	Fra. Addor. Feiert die SBB den Ramadan?	An den Bahnhöfen ist ein Plakat der SBB mit folgendem Text zu sehen: «Teilen Sie die Freude des Ramadans, egal wie gross die Entfernung. Senden Sie Geld über die WesternUnion@SBB App oder die SBB Reisezentren.» – Wie ist das zu verstehen? – Unterstützt der Bundesrat als Vertreter des Bundes, der der einzige Aktionär der SBB ist, diese Kampagne oder ist er im Gegenteil dazu bereit, ihr sofort ein Ende zu setzen?
25.7119	DE FR IT	Fra. Roduit. Wann werden die kantonalen Schutzhunde tatsächlich anerkannt?	Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) weigert sich, die auf kantonaler Ebene bereits anerkannten Schutzhunde anzuerkennen, indem es die Züchterinnen und Züchter zwingt, ihre Hunde erneut testen zu lassen. Zur Erinnerung: Solche Hunde, die seit mehr als vier Jahren im Einsatz sind, schützen pro Sömmerungssaison auf wirksame Weise mehr als 10 000 Schafe. Die Züchterinnen und Züchter prangern auch eine Monopolstellung von Agridea an, die einen Vertrag mit dem BAFU hat. Wird der Bundesrat rasch für eine ungehinderte Anerkennung der kantonalen Schutzhunde eintreten?
25.7120	DE FR IT	Fra. Golay Roger. Ist es gerecht, dass ein bundesnahes Unternehmen diskriminiert, indem es bei der Anstellung Ukrainerinnen und Ukrainer bevorzugt?	Auf ihrer Website brüstet sich die Schweizerische Post damit, dass sie Ukrainerinnen und Ukrainern, die über einen Ausweis S verfügen, Hilfe und Unterstützung anbietet, und fordert sie dazu auf, sich für eine Stelle zu bewerben (https://www.post.ch/de/hilfe-und-kontakt/ukraine/hilfe-und-unterstuetzung). Diese öffentlich zur Schau gestellte Ungleichbehandlung bei der Anstellung scheint im Widerspruch zu Artikel 121a Absatz 3 der Bundesverfassung zu stehen. Muss der Bundesrat die Post nicht auffordern, sich an das Recht zu halten?

25.7132	DE FR IT	Fra. Baumann. Umgeht der Bundesrat das Gewässerschutzgesetz?	Das BAFU wollte für elf Stoffe Grenzwerte bez. Gewässerschutz definieren. Aufgrund von Rückmeldungen (insbes. SBV und kant. Pflanzenschutzdienste) will das UVEK die Stoffe Deltamethrin, Flufenacet, Foramsulfuron und Lambda-Cyhalothrin nun doch nicht auf die Liste setzen, obwohl diese gem. ExpertInnen von BAFU, Ökotoxzentrum und kant. Laboratorien hochgiftig sind. - Hält der Bundesrat an diesem Entscheid fest und umgeht damit bewusst das Gewässerschutzgesetz? - Wie rechtfertigt er dieses Vorgehen?
25.7134	DE FR IT	Fra. Maitre. Umnutzung des Pannenstreifens zwischen Coppet und Le Vengeron	- Hat der Bundesrat angesichts der raschen Verschlechterung der Mobilitätsbedingungen entlang des Genferseebeckens bereits eine Pannenstreifenumnutzung (PUN) auf dem Autobahnabschnitt zwischen Coppet und Le Vengeron in Betracht gezogen? - Wenn nicht, was hält er davon, diesen Abschnitt auf die Liste der PUN-Projekte des ASTRA zu setzen?
25.7148	DE FR IT	Fra. Weichert. Umsetzung von Art. 3 des Bundesgesetzes über die Währung und die Zahlungsmittel beim ÖV	Gemäss Antwort des Bundesrates auf den Vorstoss 24.7741 musste die ÖV-Branche das UVEK bis Ende 2024 informieren, wie Art. 3 des Bundesgesetzes über die Währung und die Zahlungsmittel beim ÖV umgesetzt wird, bzw. wie das anonyme Reisen und der Kauf von Fahrkarten ohne Smartphone auch in Zukunft konkret möglich bleiben. Wie erhält die Öffentlichkeit Kenntnis vom Bericht wie die Barzahlung in subventionierten Transportmitteln beibehalten wird?
25.7150	DE FR IT	Fra. Suter. Photovoltaikprojekt Autobahn-Halbüberdeckung Lenzburg: Wann geht es endlich vorwärts?	Die Halbüberdeckung der A1 in Lenzburg schirmt das Stadtgebiet gegen Lärm ab. Sie eignet sich bestens für die Produktion von Solarstrom. Nachdem zuerst eigentlich der städtische Energieversorger Interesse an der Realisierung einer Anlage gezeigt hatte, erklärte das Bundesamt für Strassen ASTRA, dass es die Anlage selber bauen wolle. Danach blieb es aber ruhig um dieses Projekt. Plant das ASTRA nach wie vor, das Projekt zu realisieren und wenn ja, wann soll es ausgeführt werden?
25.7151	DE FR IT	Fra. Candan Hasan. Gelder und Massnahmen zur Bekämpfung der Biodiversitätskrise - wird der Bundesrat wortbrüchig?	In der Antwort zu meiner Frage 24.8044, antwortet der Bundesrat, dass er jährlich über 600 Millionen Franken in die Biodiversität investiert, sowie mit dem Zitat "Ich kann dazu stehen: Insgesamt setzen wir gleich viele Mittel ein". - Wie hoch sind die Mittel insgesamt, wie setzen sie sich zusammen? - Das Entlastungspaket sieht Kürzungen der Landschaftsqualitätsbeiträge um 65 Mio. CHF und 10% bei den Verbundaufgaben im Umweltbereich vor. Ist somit das Wort "gleich viele Mittel" einzusetzen gebrochen?

25.7154	DE FR IT	Fra. Jauslin. Neudefinition der direkten/indirekten Nutzung der Geothermie	Heute setzen die allermeisten Geothermie-Projekte setzen auf eine direkte Nutzung der Erdwärme mit Optimierung mittels Wärmepumpe. Diese Projekte werden vom BFE als indirekte Nutzung eingeteilt und würden mit der neuen CO2-Verordnung verunmöglicht. - Ist der Bundesrat bereit mit der Geothermie-Branche über eine sinnvollere Einsetzung der Fördermittel zu sprechen? - Ist der Bundesrat bereit die Definition der indirekten Nutzung an die aktuellen Standards der Geothermie-Industrie anzupassen?
25.7155	DE FR IT	Fra. Jauslin. Benachteiligung der indirekten Nutzung der Geothermie	Die Branche der Geothermie braucht Klarheit über die neue CO2-Verordnung. Die Vorschläge der Vernehmlassung benachteiligen die indirekte Nutzung, was das Aus für viele Projekte bedeuten würde. - Wann wird der Bundesrat die neue CO2-Verordnung in Kraft setzen? - Wird der Bundesrat von der Benachteiligung der indirekten Nutzung in Art. 112 und 113a der CO2-Verordnung absehen? - Will der Bundesrat die Vorschläge des Entlastungspakets bereits in der aktuellen Verordnungsrevision vorziehen?

Finanzdepartement

25.7004	DE FR IT	Fra. de Quattro. Senkung der Zinsen für Covid-19-Kredite	Zahlreiche KMU – beispielsweise im Gastgewerbe – haben Schwierigkeiten, die Covid-19-Kredite zurückzuzahlen. Die Zinssätze für diese Kredite wurden unverändert belassen, obwohl der SNB-Leitzins von 1,5 auf 0,5 Prozent abgesenkt wurde. Unternehmen mussten auf ihre Reserven zurückgreifen, um die Pandemie zu überwinden, und sahen sich dann mit steigenden Mieten und Energiekosten konfrontiert. Sieht der Bundesrat vor, die Zinssätze für Covid-19-Kredite infolge der schrittweisen Zinssenkungen der SNB herabzusetzen, wie es das Gewerbe fordert?
25.7012	DE FR IT	Fra. Reimann Lukas. Whistleblowing Meldestelle Korruption für Private und für Bundesangestellte	Dank parlamentarischen Druck betreibt die EFK für Verdachtsmeldungen von Unregelmässigkeiten und Korruptionshandlungen in Verwaltungseinheiten des Bundes eine «Whistleblowing-Meldestelle». 1. Wurde die Meldestelle bei direkt oder indirekt beim Bund angestellten Personen je beworben oder bekannt gemacht? 2. Wie viele Meldungen gingen seit Bestehen der Meldestelle (aufgeschlüsselt nach Jahr) ein? 3. Welche Ressourcen bestehen, um eingehende Verdachtsmeldungen seriös zu prüfen und zu handeln?

25.7013	DE FR IT	Fra. Reimann Lukas. Interessenkonflikte vermeiden - Unabhängigkeit stärken: Karenzfristen für abtretende Kader des Bundes?	«Alt-Bundesräte sollen auf eine Tätigkeit, bei der Interessenkonflikte aufgrund des früheren Amtes entstehen können, verzichten»: So steht es wortwörtlich im Verhaltenskodex für Bundesräte. Gibt es einen entsprechenden, verbindlichen Verhaltenskodex als Gesetz, Verordnung oder als Teil des Arbeitsvertrages für a) Kader der Departemente; b) Kader und den Präsidenten der SNB; c) den Armeechef; d) Kader der Unternehmen und Anstalten des Bundes; e) die eidgenössischen Gerichte; f) die Bundesanwaltschaft?
25.7020	DE FR IT	Fra. Marchesi. Asylunterkunft in Luino (Italien), 100 Meter von der Schweizer Grenze entfernt: Welche Sicherheitsmassnahmen werden zum Schutz der Bevölkerung von Tresa ergriffen?	In 100 Metern Entfernung vom Grenzübergang Fornasette entsteht auf italienischem Boden in Luino eine Asylunterkunft. Da die nächstgelegene Ortschaft Fornasette in der Schweiz und nur 3,5 km von Luino entfernt liegt, ist damit zu rechnen, dass einige Asylsuchende versuchen werden, illegal über die Grenze zu gelangen und vielleicht auch in der Schweiz ein Asylgesuch zu stellen. Dies gibt Anlass zur Sorge in Zusammenhang mit der Sicherheit der Bevölkerung von Tresa (Ortsteil von Fornasette). Welche Massnahmen gedenkt der Bundesrat zum Schutz der Bevölkerung zu ergreifen?
25.7054	DE FR IT	Fra. Feller. Zinssätze der Covid- 19-Kredite für KMU	Laut Gesetz passt der Bundesrat die Zinssätze der Covid-19-Kredite jährlich per 31. März an die Marktentwicklungen an. Vor zwei Jahren erhöhte der Bundesrat die Zinssätze, woraufhin das Parlament reagierte (Interpellation 23.3527). Seither blieben die Zinssätze der Covid-19-Kredite unverändert. Nun hat die SNB den Leitzins auf 0,5 Prozent gesenkt. Wird der Bundesrat die Zinssätze der Covid-19-Kredite am 31. März 2025 senken, um die KMU zu entlasten?
25.7058	DE FR IT	Fra. Tschopp. Die psychische Gesundheit der jungen Menschen leidet unter dem Sparplan des Bundesrats	Im Entlastungspaket 27 sind für die Jahre 2027 und 2028 Kürzungen von 10 Prozent oder 2,9 Millionen Franken bei den Subventionen für ausserschulische Kinder- und Jugendförderung vorgesehen. Dies betrifft die Kantone, die Gemeinden und 120 NGO. Diese Aktivitäten sind jedoch von essenzieller Bedeutung, da fast ein Drittel der 15–24-Jährigen unter psychischen Belastungen leidet. Wie begründet der Bundesrat die Kürzungen bei den ausserschulischen Aktivitäten, wenn doch die psychische Gesundheit der jungen Menschen besorgniserregend schlecht ist?

25.7063	DE FR IT	Fra. Candan Hasan. Periodische Subventionsüberprüfung: welche Subventionen werden demnächst überprüft?	Auf meine Ip. 24.4108 schreibt der Bundesrat, man habe den Fragebogen 2022 bezüglich Verständlichkeit und Präzision verbessert, er sei für die Überprüfung der Subventionen im WBF verwendet worden. - Ist dieser Fragebogen öffentlich einsehbar? Wenn nein, warum? Wenn ja, wo? - Wird in der Staatsrechnung transparent ausgewiesen werden, welche Subventionen und Anreize im WBF gewährt werden, welche im Rahmen der periodischen Überprüfung und welche anderweitig überprüft werden? Wenn nein, warum?
25.7064	DE FR IT	Fra. Candan Hasan. Periodische Subventionsüberprüfung: ist der Bundesrat bereit, eine ausführlichere Berichterstattung zu veröffentlichen?	Auf meine Ip. 24.4108 schreibt der Bundesrat: "Eine detaillierte Darlegung aller einzelnen Antworten des Fragebogens würde den Rahmen der Staatsrechnung sprengen". Aufgrund der beschränkten Berichterstattung in der Staatsrechnung ist es jedoch nicht möglich, die Einschätzung der Bundesverwaltung zu beurteilen. - Wird die detaillierte Darlegung der Antworten publiziert? Wenn ja, wo? Wenn nein, warum? - Wenn nein: Kann die detaillierte Darlegung der Antworten beim WBF verlangt werden?
25.7077	DE FR IT	Fra. Hurter Thomas. Zu hohe Verzollung über die Smartphone-App Quickzoll des Bundes	Die Smartphone-App Quickzoll des Bundes ermöglicht Privatpersonen eine einfache und schnellere Selbstverzollung. Leider ist es aber so, dass die App des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit alles mit dem Mehrwertsteuersatz von 8,1 Prozent verrechnet, auch Produkte die mit dem reduzierten Satz besteuert werden. Ist der Bund bereit, die App entsprechend anzupassen?
25.7145	DE FR IT	Fra. Gugger. Woher kommt die unterschiedliche Beurteilung ...	Auf Entscheid des Bundesrates wurden im BFE das P&D Programm im Bereich Energieeffizienz, Energieübertragung, NEE, Speicherung gestoppt. Gleichzeitig wird im BLW ein ähnliches Programm (Ressourcenprogramm) gestartet. Beide Bereiche sind für die Landesversorgung von zentraler Bedeutung. Würden solche Projekte ausschliesslich Mitnahmeeffekte generieren, so dürften solche Projekte generell nicht mehr bewilligt werden. Woher kommt die unterschiedliche Beurteilung in den einzelnen Departementen?

Departement des Innern

25.7006	DE FR IT	Fra. Meier Andreas. Baden und Region wird Europäische Kulturhauptstadt 2033	Die Initiative „Kulturhauptstädte Europas“ ermöglicht alle drei Jahre eine Teilnahme eines EFTA/EWR-Landes. Eine Bewerbung von Baden und Region ist in Planung. Damit eine Schweizer Stadt teilnehmen kann, muss die Schweiz auf der EU-Liste stehen. 1. Ist die Schweiz teilnahmeberechtigt, resp. würde der Bundesrat dies bei der EU beantragen? 2. Wer soll die Bewerbung einreichen (Bund, Kanton, Gemeinde)? 3. Unterstützt der Bund das Vorhaben durch das BAK und das EDA? Finanziell oder mit einer Empfehlung?
25.7009	DE FR IT	Fra. Bläsi. Wo sind die Dosen von Pentothal gelandet? Sterbehilfe und Sicherheit der Bevölkerung?	Es hat sich gezeigt, dass tödliche Dosen von Pentothal, die vom Verein Exit eingesetzt werden, auf dem Darkweb zum Verkauf angeboten wurden. Dies ist besorgniserregend und wirft die Frage auf, wie mit diesen Dosen umgegangen wird. Da Pentothal in den meisten unserer Nachbarländer verboten ist, ist es auf dem Schwarzmarkt sehr gefragt und wird zu hohen Preisen verkauft, was zu illegalem Handel und Konsum führen kann. Wird der Bundesrat Abklärungen vornehmen, um sicherzustellen, dass die Sterbehilfeorganisationen mit den Dosen von Pentothal richtig umgehen?
25.7016	DE FR IT	Fra. Thalmann-Bieri. Vermehrter Einsatz von freiheitsbeschränkenden Massnahmen	Mitteilung 13.09.2024 "Psychiatrie: gedämpftes Kostenwachstum mit Tarifstruktur TARPSY" wird vermerkt: Zwar wurde ein vermehrter Einsatz von freiheitsbeschränkenden Massnahmen und Psychopharmaka festgestellt. Anfrage: a) Welche freiheitsbeschränkenden Massnahmen wurden festgestellt? b) Welche Psychopharmaka wurden vermehrt eingesetzt? Anm.: Die WHO und Hochk. für Menschenrechte gaben Titel "Die Menschenrechte wiederherstellen" raus c) Werden diese in oben genannten Massnahmen berücksichtigt?
25.7021	DE FR IT	Fra. Funicello. 8 Femizide in 8 Wochen - wie weiter?	In den ersten 8 Wochen dieses Jahres ist jede Woche eine Frau von ihrem Partner, Ex-Partner oder einem männlichen Familienmitglied umgebracht worden. - Wie erklärt sich der Bundesrat die Zunahme dieser Femizide? - Welche Sofortmassnahmen und welche mittel- und langfristigen Massnahmen gedenkt der Bundesrat zu unternehmen? - Die innere Sicherheit ist eine der wichtigsten Aufgaben des Bundes – unternimmt der Bundesrat genug, um diese auch für Frauen zu garantieren? - Wird genug investiert?

25.7022	DE FR IT	Fra. Fivaz Fabien. Wie sieht der Zeitplan für den Wiedereinstieg der Schweiz ins Programm Kreatives Europa aus?	Im Zusammenhang mit dem Abschluss der Verhandlungen über die Bilateralen III hat der Bundesrat einen Zeitplan für den Wiedereinstieg der Schweiz in die Programme Erasmus+ (2027) und Horizon Europe (2025) festgelegt, nicht aber für das Programm Kreatives Europa. 1. Wie sieht der Zeitplan für diese Assoziierung aus? 2. Für die Assoziierung sind rechtliche Anpassungen erforderlich, insbesondere die Anpassung unseres Rechts an die Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste. Sieht der Bundesrat diese Änderungen im Rahmen des Abkommens oder in einer späteren Botschaft vor?
25.7031	DE FR IT	Fra. Reimann Lukas. Finanzielle Belastung der Schweizer Sozialwerke durch ein mögliches Sozialversicherungsabkommen mit der Ukraine	Der Bundesrat beschloss die Aufnahme von Verhandlungen über ein Sozialversicherungsabkommen mit der Ukraine, um Renten ins Ausland auszahlen zu können. Wie hoch werden die jährlichen jeweiligen Ausgaben/Auszahlungen ins Ausland je Versicherung sowie die internen Kosten (Verwaltungs-, Personalressourcenkosten für die Abwicklung der Zahlungen und Vorbereitungen) geschätzt bei Erfüllung der Anspruchsvoraussetzungen gestützt auf ein potientiell Sozialversicherungsabkommen mit der Ukraine?
25.7034	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Transparentes Ausweisen der WHO-Beitragszahlungen 2023	Nachdem die USA die WHO verlassen haben, fallen rund 18% der Einnahmen der WHO weg. Die WHO wird bestrebt sein, die Ausfälle bei anderen Mitgliedstaaten zu kompensieren. Um so mehr müssen die Beiträge der Schweiz an die WHO im Auge behalten und transparent ausgewiesen werden. Wie hoch ist der Gesamtbetrag, den die Schweiz 2023 an / für die WHO bezahlt hat und wo sind die Ausgaben in der Staatsrechnung hinterlegt?
25.7042	DE FR IT	Fra. Weichelt. Kind trinkt Putzmittel - Tox Info Suisse muss Dienst einstellen	Gemäss Art. 30 Abs. 1 Chemikaliengesetz hat der Bundesrat eine Auskunftsstelle zu bezeichnen und die finanzielle Abgeltung der Aufgaben sicherzustellen. Eine klassische Service Public Aufgabe. - Was unternimmt der Bundesrat, damit Art. 30 Abs. 1 Chemikaliengesetz auch das nächste Jahr eingehalten wird? - Wie sichert er die nötigen Bundesfinanzen gemäss Chemikaliengesetz?
25.7047	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Islamismus befeuert antimuslimischen Rassismus - welche Schutzmassnahmen verfolgt der Bundesrat?	Am 27.02.2025 hat die Fachstelle für Rassismusbekämpfung eine bestellte Studie zum antimuslimischen Rassismus in der Schweiz veröffentlicht. Kein Wort zu den Ursachen, dem Islamismus. 1. Warum hat die Studie die Ursachen des antimuslimischen Rassismus, den extremen Islamismus, nicht erwähnt? 2. Hat der Bundesrat eine Strategie, um die Schweiz vor dem Terror des Islamismus zu schützen? 3. Wie werden Doppelspurigkeiten zwischen der Fachstelle und dem Sekretariat der Antirassismuskommission vermieden?

25.7059	DE FR IT	Fra. Thalmann-Bieri. Umfassende Aufklärung der Organspende bei allen über 16- jährigen Personen der Schweiz sicherstellen	Fragen an den Bundesrat: 1. Wie stellt der Bundesrat die informierte Zustimmung bei der Organspende sicher, dass also jede über 16-jährige Person in der Schweiz die Abläufe und möglichen Nachteile der Organspende kennt und man somit bei fehlendem Widerspruch tatsächlich von einem "informierten Schweigen" ausgehen kann? 2. Will der Bundesrat - wie bereits früher gefordert - Hausärzte in die Aufklärung einbinden? Falls Ja, wie? Falls Nein, wieso nicht?
25.7060	DE FR IT	Fra. Thalmann-Bieri. Einschränkung der Meinungsfreiheit durch die WHO	Die revidierten IGV (Internationalen Gesundheitsvorschriften) verlangen, dass die Schweiz sogenannte «Fehlinformationen» bekämpft. - Wer bestimmt, was Fehlinformationen sind? Die neuen IGV enthalten dazu keinerlei klare Vorgaben. - Wie stellt sich der Bundesrat konkret vor, diese Fehlinformationen zu bekämpfen (s. Annex 1 IGV) – insbesondere unter Berücksichtigung von Art. 16 und 17 BV?
25.7065	DE FR IT	Fra. Thalmann-Bieri. Sozialversicherungsabkommen Ukraine - Schweiz	Mit wie vielen Ukrainern und Ukrainerinnen rechnet der Bund prozentual und in absoluten Zahlen (Schätzwert) zusätzlich, die in die Schweiz einreisen resp. ein Asylgesuch stellen (Pull-Effekt) bei Unterzeichnung resp. Inkrafttreten eines Sozialversicherungsabkommens mit der Schweiz, das nicht nur Rentenleistungen ins Ausland ohne Kaufkraftbereinigung zur Folge hat, sondern in der Schweiz auch vorzeitig die Inanspruchnahme von Ergänzungsleistungen, welche höher als Sozialhilfe sind, bewirkt?
25.7068	DE FR IT	Fra. Crottaz. Gibt es in der Schweiz Fälle, bei denen eine Berufskrankheit in Zusammenhang mit Pestiziden diagnostiziert wurde?	In seiner Antwort auf meine Frage 24.7883 schreibt der Bundesrat, dass eine Krankheit als Berufskrankheit in Zusammenhang mit Pestiziden anerkannt wird, wenn sie mindestens zu 75 Prozent durch die berufliche Tätigkeit verursacht wurde. Gemäss der Antwort auf die Interpellation 24.4123 werden zurzeit keine Daten über die Anwendung von Pestiziden und den Zusammenhang mit gewissen Erkrankungen erhoben. - Gibt es in der Schweiz Fälle, bei denen eine Berufskrankheit in Zusammenhang mit Pestiziden diagnostiziert wurde? - Wenn ja, wie wird nachgewiesen, dass der Anteil des Berufs von 75 Prozent erreicht ist?
25.7072	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Latenter Interessenkonflikt: WHO- Generaldirektor kontrolliert sich selber	Ist sich Bundesrätin Baume-Schneider bewusst, dass 1) nach Artikel 12 IGV der WHO-Generaldirektor eigenmächtig eine Pandemie ausrufen kann und dass 2) nach Artikel 48 IGV der WHO-Generaldirektor selbst den Notfallausschuss zur Beurteilung seiner eigenen Entscheidungen einsetzt? Wie beurteilt der Bundesrat diesen offensichtlichen Interessenskonflikt und die damit verbundene fehlende Kontrolle?

25.7074	DE FR IT	Fra. Mahaim. Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union: Wird die Transparenz bei der Zulassung von Pestiziden auch in der Schweiz verbessert?	Der Gerichtshof der Europäischen Union hat vor Kurzem ein Urteil über die Transparenz bei der Zulassung von Pestiziden gefällt. Die Europäische Kommission kann den Zugang zu Dokumenten über die Erwägungen der Mitgliedstaaten über die Regulierung der Pestizide nicht länger verweigern. - Welche Folgen hat dieses Urteil für die Transparenz in der Schweiz? - Wird der Bundesrat über Daten zu Pestiziden verfügen und auf Frage 5 der Interpellation 24.4181 antworten können?
25.7097	DE FR IT	Fra. Schlatter. PFAS in Pflanzenschutzmitteln	Wenn ein Pestizid PFAS enthält, kann es sich in der Umwelt nicht abbauen und gelangt in Böden, Gewässer und die Nahrungskette. Ich bitte den Bundesrat in diesem Kontext zur Beantwortung folgender Frage: Wie viele der zugelassenen Pflanzenschutzmittel enthalten PFAS bzw. PFAS-haltige Hilfsstoffe?
25.7099	DE FR IT	Fra. Glur. Änderung IGV-Vorschriften: Ist sich der Bundesrat über die Folgen im Klaren?	Ist sich Bundesrätin Baume-Schneider bewusst, dass 1) die IGV für Vertragsstaaten keinerlei Austrittsmechanismus vorsehen und dass 2) die Schweiz erhebliche Mittel aufwenden muss, um Stellen einzurichten, die WHO-Anweisungen umsetzen und kontrollieren, ohne nationale Kontrolle?
25.7106	DE FR IT	Fra. Huber. WHO: Demokratisch nicht legitimiert	Offizielle US-Dokumente belegen, dass COVID-19 als militärische Gegenmassnahme (countermeasure) und nicht als klassische Pandemie eingestuft wurde. Warum überträgt der Bundesrat in diesem Kontext weitere Gesundheitskompetenzen an die WHO – eine Organisation, die nicht demokratisch legitimiert und primär von privaten Geldgebern finanziert wird?
25.7107	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. IGV-Änderungen: Opting-Out als Mittel der Wahl	Mehrere WHO-Mitgliedsstaaten haben ein Opting-Out aus den neuen Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) in Betracht gezogen oder zentrale Teile der IGV explizit abgelehnt. 1. Warum verzichtet der Bundesrat darauf und riskiert damit, dass die Schweiz in einer Gesundheitskrise fremdbestimmte Massnahmen umsetzen muss? 2. Was hindert den Bundesrat, das Opting-Out zu erklären (insbesondere, da das Opting-Out auch wieder zurückgezogen werden kann)?
25.7109	DE FR IT	Fra. Fischer Benjamin. IGV-Anpassungen: Auf welche rechtlichen Grundlagen stützt sich der Bundesrat?	- Kann die WHO künftig im Krisenfall faktisch Anordnungen erteilen, die die Schweiz umsetzen muss – auch gegen den Willen des Bundesrates, des Parlaments oder des Schweizer Volkes? - Wie stellt sich der Bundesrat zu Art. 42 IGV (Verpflichtung der Vertragsstaaten, Gesundheitsmassnahmen, die vom WHO-Generaldirektor gemäss Art. 15 bis Art. 18 IGV ausgerufen werden, unverzüglich umzusetzen)? - Auf welche rechtliche Grundlage stützt sich der Bundesrat dabei?

25.7110	DE FR IT	Fra. Gafner. Internationale Gesundheitsvorschriften: Warum verhielt sich die Schweizer Delegation untätig?	Die WHO-Statuten verlangen eine viermonatige Beratungsfrist vor der Annahme neuer Regelungen. Diese Frist wurde bei den neuen IGV nicht eingehalten, da unbestrittenermassen nach dem 27. Januar 2024 ganz neue Wortlaute und Themen eingeführt wurden. - Hat die Schweizer Delegation dagegen Beschwerde erhoben, und wenn nicht, warum nicht? - Wo findet sich die Bekämpfung von Fehl- und Desinformation und der koordinierende Finanzierungsmechanismus (neu Art. 44bis IGV) im Entwurf von November 2022?
25.7111	DE FR IT	Fra. Schlatter. Achtung Pilzvergiftung! Tox Infos Suisse in finanzieller Notlage	Tox Info Suisse ist eine zentrale Schnittstelle bei Pilzvergiftungen und koordiniert den Austausch zwischen medizinischem Fachpersonal und den ehrenamtlichen Notfallpilzexpert:innen im Pikett. Wie stellt der Bund sicher, dass dieses System auch in der nächsten Pilzsaison reibungslos funktioniert, auch in der Nacht?
25.7114	DE FR IT	Fra. Roduit. Noch mehr Sicherheitslücken bei der Suizidhilfe in der Schweiz Was tun?	Auf Aussagen von Whistleblowern beruhende Enthüllungen der RTS über gravierende Mängel bei der Kontrolle der tödlichen Dosen, die von der Exit Association verwendet werden, geben Anlass zu grosser Besorgnis. Mangelnde Transparenz oder fragwürdigen Praktiken bei Exit werfen Fragen auf. Ist der Bundesrat bereit, bei den Aufsichtsbehörden zu intervenieren, damit die Bevölkerung in dieser sehr emotionalen Thematik beruhigt werden kann?
25.7115	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Die Cannabisstudie soll eine umfassende Datengrundlage haben	Die Zürcher Cannabisstudie basiert gemäss Medien auf einer Selbstdeklaration der Drogenkonsumenten. 1. Trifft es zu, dass das Studiendesign nur auf eine Selbstdeklaration ausgerichtet ist, und diese für die politische Entscheidung betr. Cannabis-Legalisierung herbeigezogen wird? 2. Falls Ja bräuchte es eine Ergänzung mit klaren Fragestellungen, um auf einer umfassenden Datengrundlage eine Entscheidung zu treffen. 3. Falls Nein, bitten wir, die Fragestellungen des Studiendesigns bekannt zu geben.
25.7116	DE FR IT	Fra. Heimgartner. WHO/IGV - Kompletter Souveränitätsverlust?	Da der Bundesrat in den offiziellen Unterlagen zum Vernehmlassungsverfahren keinen spezifischen Artikel der neuen IGV nennen konnte, der die uneingeschränkte Entscheidungsfreiheit der Schweiz garantiert: Kann er bestätigen, dass die Schweiz im Falle eines von der WHO ausgerufenen Gesundheitsnotstands nicht mehr unilateral aus den IGV aussteigen kann und damit faktisch an WHO-Anordnungen gebunden ist – selbst wenn diese die nationale Souveränität einschränken?

25.7123	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Laufende Cannabis-Studien: Wichtige Faktoren bis dato nicht berücksichtigt	Drogenfachleute sind der Meinung, dass bei den laufenden Cannabis-Studien wichtige Aspekte nicht berücksichtigt wurden: - Wann und wie wird im Rahmen einer verbindlichen Studie eine Liste des THC-Wertes pro bezogenes Cannabisprodukt von jeder Person geführt, damit ein Abbau oder eine Steigerung des Bezugs während der Studienzeit erfasst wird? - Wann und wie wird im Rahmen einer verbindlichen Studie eine Zusammenstellung der finanziellen Ausgaben für den Cannabiskonsum pro Person und Monat geführt?
25.7126	DE FR IT	Fra. Vincenz. Verfügen wir über eine solide Datengrundlage, um zielgerichtet gegen sexuellen Missbrauch vorgehen zu können?	«Wie schätzt der Bundesrat den Bedarf nach einer soliden Datengrundlage über Häufigkeit, Form und Risikobereiche für sexuellen Missbrauch in der Gesellschaft und in ihren Teilbereichen und Institutionen ein? Ist der Bundesrat bereit, eine nationale Dunkelfeldstudie finanziell (z.B. über den Schweizerischen Nationalfonds) und politisch zu unterstützen?»
25.7127	DE FR IT	Fra. Meier Andreas. Hat der Bundesrat Kenntnis von "Nourish - Your Choice", der Alternative zur überholten Lebensmittelpyramide?	Im September 2024 aktualisierte der Bundesrat seine Ernährungsempfehlungen in der Lebensmittelpyramide und stiess damit auf Kritik innerhalb der Wissenschaft, der Lebensmittelwirtschaft und der Bevölkerung gleichermassen. Hat der Bundesrat Kenntnis vom sogenannten Ernährungstableau, welches ein internationales Netzwerk renommierter Wissenschaftler (Nourish - Your Choice) als Alternative zur überholten Lebensmittelpyramide kürzlich veröffentlichte?
25.7156	DE FR IT	Fra. Aeschi. KVG-Revision. Kostenfolgemodelle	«Im Bericht des BAG vom 11. Januar 2024 zuhanden der SGK-S ist auf Seite 6 festgehalten, dass für die Einführung von Kostenfolgemodellen Grundlagen im KVG sowie im IVG notwendig sind. Können Sie bestätigen, dass auf Grund der fehlenden Rechtsgrundlage bis zum Inkrafttreten der KVG-Revision keine Kostenfolgemodelle im Sinne der Gesetzesvorlage angewandt werden?»

Büro

25.7128	DE FR IT	Fra. Gutjahr. Tribünenplätze im Nationalrat schlecht besetzt. Was sind die Gründe?	Es ist Mittwoch, 5. März um 9 Uhr und ich sehe eine Person auf der Tribüne. - Wie kann es sein, dass gemäss Buchungssystem die Tribünenplätze im Nationalrat bis auf Monate ausgebucht sind, aber in der Realität die Plätze regelmässig schlecht besetzt oder komplett leer sind und gleichzeitig für Millionen ein Besucherzentrum geprüft wird? - Ist es ein Problem derjenigen, die reservieren und nicht auftauchen oder ein Problem des Reservierungssystems? Was wird dagegen unternommen?
---------	--	--	--